

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

Stärkung des Ehrenamts durch zusätzliche Entgeltpunkte?

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines

Bachelor of Laws (LL.B.)

im Studiengang Rentenversicherung – Public Management

vorgelegt von

Lisa Schwärzle

Studienjahr 2016/2017

Erstgutachter: Prof. Dr. F. Walling

Zweitgutachter: Prof. Dr. H. Hopp

Die in dieser Arbeit genannten und zitierten Parteien geben nicht die politische Meinung der Verfasserin wieder.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Anlagen.....	VIII
1 Einleitung.....	1
2 Ehrenamt.....	3
2.1 Definition	3
2.1.1 Kritik an den Punkten „Weisungsunabhängigkeit“ und „freie Zeiteinteilung“	4
2.1.2 Strukturwandel im Ehrenamt	5
2.2 Vielfältigkeit des Ehrenamts	6
2.3 Bisherige geldwerte Situation und sozialrechtliche Absicherung im Ehrenamt.....	8
2.4 Probleme in der Vergangenheit von geldwerten Entschädigungen im Ehrenamt.	10
2.4.1 Problematik der gesetzlichen Definition von Ehrenamt am Beispiel des Art. 33a BayRDG a.F.	10
2.4.2 Problematik der klaren Abgrenzung von Ehrenamt und Privatvergnügen	11
3 Entgeltpunkte für ehrenamtliche Tätigkeiten	14
3.1 Möglichkeiten der Förderung durch den Staat.....	14
3.2 Aktuelle Rechtslage	17
3.3 Schaffung des Entgeltpunktes.....	18
4 Problemfelder des Ehrenamts mit Bezug auf die Rentenversicherung	19
4.1 Kritik der GEFA an Umgang mit dem Ehrenamt	20
4.2 Notwendigkeit des Ehrenamts	21

4.3	Nachwuchsprobleme des „Klassischen Ehrenamts“	23
4.4	Psychische Belastung der Ehrenamtlichen	24
5	Enquete-Kommission	26
5.1	Erwerbsarbeit und Ehrenamt	26
5.2	Folgen einer gesetzlichen Definition	28
5.3	Bürokratischer Mehraufwand für die Träger	29
5.4	Folgen und Finanzierung der Solidarzeiten	31
5.5	Solidarzeit als „Lückenbüßer“ für gesamtgesellschaftliche Probleme?	33
6	Geldwerte Anreize im Ehrenamt und ihre Wirkung	34
6.1	Motivation	34
6.2	Geld als extrinsischer Motivator	37
6.2.1	Beispiel der geldwerten Blutspende	38
6.2.2	Beispiel der Entlohnung von Spendensammlungen	39
6.3	Negative Selektion im Ehrenamt	40
6.4	Reaktion und Wirkung auf Belohnungen	41
6.4.1	Direkte und indirekte Belohnungen	41
6.4.2	Steuerung von Verhalten durch Belohnung	42
6.4.3	Belohnungen im Arbeitsleben und ihre Wirkung	44
7	Exkurs: Menschen mit Behinderung und geldwerte Anreize	45
8	Fazit	47
	Literaturverzeichnis	50
	Erklärung der Verfasserin	56

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
Art.	Artikel
aRw	aktueller Rentenwert
AZ	Anrechnungszeit
BayFwG	Bayerisches Feuerwehrgesetz
BayRDG	Bayerisches Rettungsdienstgesetz
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BSG	Bundessozialgericht
BÜZ	Berücksichtigungszeiten
BZ	Beitragszeiten
bzw.	beziehungsweise
DBJR	Deutscher Bundesjugendring
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRV	Deutsche Rentenversicherung
EP	Entgeltpunkte
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZ	Ersatzzeit
GEFA	Gewerkschaft für Ehrenamt und freiwillige Arbeit
gem.	gemäß
GemEntBG	Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz
HJDP	Halbjahresdienstplan
KEZ	Kindererziehungszeiten
KSt	Körperschaftssteuer
LSG	Landessozialgericht
MiLoG	Mindestlohngesetz
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschland
o.Ä.	oder Ähnliches

PEP	persönliche Entgeltpunkte
RAF	Rentenartfaktor
RV	Rentenversicherung
SEG	Schnelleinsatzgruppe
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
THW	Technisches Hilfswerk
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zugangsfaktor
ZZ	Zurechnungszeit

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Engagierten in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, 2014	7
Abbildung 2: Interesse an einer steuerlichen und sozialstaatlichen Förderung des Ehrenamts	16
Abbildung 3: Motivation im Ehrenamt	36

Verzeichnis der Anlagen

Sämtliche Anlagen befinden sich auf der beiliegenden CD.

- Anlage 1:** Kirsch, Christina: Unterkunft ist zu klein
- Anlage 2:** NPD: Soziale Gerechtigkeit
- Anlage 3:** Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.: unser Leitbild
- Anlage 4:** HJDP (Halbjahresdienstplan) II 2016, BRK Altenstadt (Iller)
- Anlage 5:** Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Stand März 2016
- Anlage 6:** Engel, Wolfgang: Helfer zweiter Klasse
- Anlage 7:** Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr: Ehrungen für Verdienste um das Rettungswesen und den Katastrophenschutz
- Anlage 8:** Wolff, Verena: Auf klugem Kurs
- Anlage 9:** Mermarnia, Susanne: Ehrenamt braucht Kritik
- Anlage 10:** GEFA (Hrsg.): Am Beispiel medizinischer Versorgung, das Medinetz-Dilemma
- Anlage 11:** Schmale, Holger: Dublin-Verfahren wird wieder angewendet
- Anlage 12:** Tageschau: Flüchtlingszahlen 2016
- Anlage 13:** Zeit online: Im Ehrenamt lebt die Willkommenskultur noch
- Anlage 14:** Rieger, Arnold: Ein Soziologe übt Kritik
- Anlage 15:** Deutscher Bundestag: Weniger junge Leute wollen zur Feuerwehr

- Anlage 16:** Feuerwehr Stiepel: Freiwillige Feuerwehr – Wozu?,
- Anlage 17:** BRK Kreisverband Haßberge : Gesellschaft ohne Ehrenamt unvorstellbar
- Anlage 18:** Team Bayern: Teilnahmebedingungen
- Anlage 19:** Weitzel, Babara: Ehrenamt, Wenn Flüchtlingshelfer plötzlich selbst Hilfe brauchen
- Anlage 20:** Attrodt, Ariane: Wenn das Ehrenamt zur Last wird
- Anlage 21:** Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen
- Anlage 22:** Deutsche Rentenversicherung Bund: Sechstes Buch Gesetzliche Rentenversicherung, Text und Erläuterung (Auszug)
- Anlage 23:** Interview mit Lea Vieweg vom DRK Ulm
- Anlage 24:** Landkreis Mühldorf am Inn: Leitfaden zur Umsetzung der gesetzlichen Regelungen der erweiterten Führungszeugnisse für Ehrenamtliche nach §72a SGB VIII
- Anlage 25:** Deutscher Bundesjugendring: Position 97
- Anlage 26:** Deutscher Bundesjugendring: Position 46
- Anlage 27:** Breyton, Ricarda / Seyffarth, Moritz: Die naive Planlosigkeit der deutschen Jugend, in: die Welt
- Anlage 28:** Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Bayern e.V.: Aktiv für andere – Menschen mit Behinderungen in einem Ehrenamt

1 Einleitung

Im Jahre 2002 untersuchte die Enquete-Kommission das Thema „monetäre Anreize im bürgerschaftlichen Engagement“.

Die Enquete-Kommission zielte auf die Wertschätzung von Ehrenamt ab und wollte das Engagement öffentlich wahrnehmbar gestalten, da Anerkennung des Ehrenamts dessen Ausübung am besten begünstigt.¹

Sie kam zu dem Schluss, dass sich monetäre Anerkennungsformen nicht bestimmbar auf die Motive der bürgerschaftlich Engagierten auswirken würden. Die ehrenamtliche Tätigkeit rückt in die Nähe der Erwerbsarbeit. Zudem ist die finanzielle Vergünstigung ein Risiko, das einen Gewöhnungseffekt und Erwartungen an zukünftige Erhöhungen mit sich bringt.²

Die Überlegung „Rentenpunkte“ für das Ehrenamt zu schaffen, steht weiterhin im Raum und wird immer wieder aufgegriffen. Zuletzt überlegte dies die Bundestagsabgeordnete Nina Warken zur Anwerbung von Helfern für das THW (technisches Hilfswerk).³

Augenblicklich (Stand: April 2017) fordert nur die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland) das Ehrenamt in der Rentenversicherung zu berücksichtigen. Freiwilligenarbeit, wie die einer Freiwilligen Feuerwehr, sei von Nutzen für die Gesellschaft und solle daher in die Rentenberechnung einfließen.⁴

Diese Bachelorarbeit soll Klarheit schaffen, welche Auswirkungen ein geldwerter Anreiz in der Rentenversicherung hat und ob Entgeltpunkte für Ehrenamt ein realisierbares Vorhaben ist.

In *Kapitel 2* wird ein allgemeiner Überblick über den Begriff des Ehrenamts gegeben und mögliche Schwierigkeiten einer Definition aufgezeigt. Anschließend wird auf die aktuelle Rechtslage von Ehrenamt und Rentenrecht eingegangen und die Ausgestaltung möglicher Entgeltpunkte erläutert (*Kapitel 3*). Aktuelle Problemfelder des Ehrenamts und inwiefern

¹ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.6.

² Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.130.

³ Vgl. Kirsch: Unterkunft ist zu klein.

⁴ Vgl. NPD, Soziale Gerechtigkeit, S.28.

diese die Schaffung einer rentenrechtlichen Zeit notwendig machen, wird in *Kapitel 4* untersucht. In *Kapitel 5* wird die Argumentation der Enquete-Kommission, die gegen die Schaffung von rentenrechtlichen Zeiten für das Ehrenamt spricht, überprüft. Es wird die Wirkung von Rente als geldwerter Anreiz analysiert, um den Effekt der Stärkung des Ehrenamts einschätzen zu können (*Kapitel 6*). *Kapitel 7* beinhaltet einen Exkurs auf die Politik im Rahmen des Gedanken „behinderte Menschen als Ehrenamtliche“.

2 Ehrenamt

Im folgenden Kapitel soll auf die Definition von Ehrenamt eingegangen werden. Eine klare Definition stellt eine Voraussetzung dar, um gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen zu können. Es werden unterschiedliche Definitionen aufgezeigt. Im Anschluss wird untersucht, ob diese generell Anwendbarkeit finden und wie sich Ehrenamt in seinen Strukturen ändert. Danach wird die aktuelle geldwerte Situation des Ehrenamts beleuchtet und unterschiedliche Problemfelder aufgezeigt, in denen geldwerte Entschädigungen zu Komplikationen führten.

2.1 Definition

Das Ehrenamt ist gesetzlich nicht definiert.

Röller bezeichnete es ursprünglich als eine unbezahlte Tätigkeit im öffentlichen Sektor, wobei der ehrenamtlich Tätige maximal eine Aufwandsentschädigung erhielt.⁵

Der Begriff „unentgeltlich“ ist so zu verstehen, dass die Motivation Geld zu erwerben, nicht Grund für das ehrenamtliche Handeln sein darf. Somit sind Aufwandsentschädigungen fraglich im Hinblick auf die Unentgeltlichkeit, da hierbei Geld für das Ehrenamt gezahlt wird.⁶

Ehrenamtlich Tätige heben sich eindeutig vom Begriff des Arbeitnehmers ab. Sie sind freiwillig, weisungsunabhängig und unentgeltlich, mit Ausnahme der Aufwandsentschädigungen, aktiv.⁷

Ehrenamtliche Tätigkeiten werden gegenwärtig anders aufgefasst und bezeichnet. Aktuell wird Ehrenamt als ein freiwilliges Handeln im gemeinnützigen Bereich verstanden. Es wird mit wachsender Tendenz als Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches oder zivilgesellschaftliches Engagement bezeichnet.⁸

Künemund zeigt auf, dass ehrenamtliche Tätigkeitsfelder mittlerweile anders definiert werden als vor 40 Jahren. Beispielsweise wird heute die Selbsthilfe als Teil des Ehrenamts wahrgenommen. In den 1970er Jahren

⁵ Vgl. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit, Rn.1.

⁶ Vgl. Ehrhardt, Ehrenamt, S.18f.

⁷ Vgl. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit, Rn.2.

⁸ Vgl. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit, Rn.1.

grenzte sich dieser Bereich vom traditionellen Ehrenamt der Vereine und Verbände ab.⁹

Die *Enquete-Kommission* erweiterte die Definition, indem sie Ehrenamt als ein nicht auf materiellen Gewinn gerichtetes, gemeinwohlorientiertes Engagement bestimmte, welches die Ehrenamtlichen öffentlich bzw. im öffentlichen Raum ausüben. Dies findet gewöhnlich gemeinschaftlich und kooperativ statt.¹⁰

Geiger-Wahl erweiterte diese Definition auf die freie Einteilung der Zeit, die im Ehrenamt verbracht wird. Außerdem ist der Ehrenamtliche ungebunden von Standards des Berufslebens.¹¹

Die oben genannten Definitionen stimmen in den Punkten Unentgeltlichkeit, Freiwilligkeit bzw. Weisungsunabhängigkeit, Ausübung im öffentlichen Raum und freier Zeiteinteilung überein, weshalb diese Kriterien als Definition in dieser Arbeit verwendet werden. Allerdings sind diese Merkmale nicht für jedes Ehrenamt zutreffend, wie aus den folgenden Ausführungen ersichtlich wird.

2.1.1 Kritik an den Punkten „Weisungsunabhängigkeit“ und „freie Zeiteinteilung“

Ehrenamt wird stets als unentgeltlich und freiwillig beschrieben. Bei den restlichen Punkten der unterschiedlichen Definitionen ist fraglich, ob diese generell angewendet werden können. Beispielsweise ist die Weisungsunabhängigkeit in Vereinen wie dem DRK (Deutsches Rotes Kreuz) fraglich. Das DRK hat in seiner Hierarchie Führungskräfte, die Aufträge an ehrenamtliche Mitarbeiter vergeben.¹² Dies ist ein Indiz dafür, dass Ehrenamt nicht immer frei von Weisungen ist.

Auch die freie Zeiteinteilung ist nicht immer zutreffend. Vereine haben Programme und feste Zeiten. Beispiele hierfür sind beim BRK (Bayerisches Rotes Kreuz) das Anfordern eines Sanitätsdienstes, das Veranstalten von Dienstabenden und außerplanmäßige

⁹ Vgl. Künemund, Ehrenamt, S.407.

¹⁰ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.38.

¹¹ Vgl. Geiger-Wahl, Geld bedroht Kern des Ehrenamts, S.100.

¹² Vgl. Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., unser Leitbild, S.3.

Katastropheneinsätze. Der Ehrenamtliche hat lediglich die Möglichkeit zu- oder abzusagen.¹³

Die Meinungen über sinkendes oder steigendes Interesse am Ehrenamt gehen auseinander. Weder die eine noch die andere Theorie lässt sich sicher belegen. Dies ist nicht einem Mangel an Studien, sondern den unterschiedlichen Definitionen von Ehrenamt geschuldet.¹⁴

2.1.2 Strukturwandel im Ehrenamt

Veränderungen im Wesen des Ehrenamts lassen sich auf vier verschiedenen Ebenen betrachten, aus denen jeweils voneinander abweichende Definitionen resultieren. Die erste dieser Ebene ist die Mikroebene. Hier steht der Ehrenamtliche selbst im Vordergrund. Das herkömmliche Ehrenamt war ausschließlich ein Engagieren für Andere. Das neue Ehrenamt ist das Engagement für den Ehrenamtlichen selbst und andere. Auf einer Mesoebene steht die Theorie im Vordergrund, dass sich die Bedingungen der Ausübung von Ehrenamt geändert haben, da sich im Rahmen des neuen Ehrenamts neue Vereine außerhalb der tradierten Vereine gründen. Auf der Makroebene ist der Sozialstaat ursächlich für Veränderungen im Ehrenamt. Hier verliert das herkömmliche Ehrenamt an Bedeutung, das neue Ehrenamt gewinnt stattdessen dieses. Auf der vierten Ebene der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung werden das Ehrenamt und die Veränderungen am Sozialstaat gleichermaßen diskutiert. Teil davon ist beispielsweise die Einsetzung der Enquete-Kommission „bürgerschaftliches Engagement“.¹⁵

Auf allen Ebenen wird ersichtlich, dass Ehrenamt sich in einem Wandel befindet. Es ist unklar, wo diese Entwicklung enden wird. Der Sozialstaat könnte auf der Makroebene durch das Schaffen einer rentenrechtlichen Zeit diesen Wandel maßgeblich beeinflussen.

¹³ Vgl. Anlage 4 HJDP II 2016 BRK Altenstadt (Iller).

¹⁴ Vgl. Künemund, Ehrenamt, S.407f.

¹⁵ Vgl. Künemund, Ehrenamt, S.408ff.

Somit stellt sich die Frage, ob Ehrenamt durch den Gesetzgeber – in diesem Fall in der Rentenversicherung – gefördert werden kann. Voraussetzungen für gesetzliche Anspruchsnormen ist eine gesetzliche Definition. Wenn nicht klar ist, welche Tätigkeiten dem Ehrenamt angehören bzw. was Ehrenamt genau ist, kann kein gesetzlicher Anspruch aus Ehrenamt entstehen.

2.2 Vielfältigkeit des Ehrenamts

Für diesen Punkt wird Ehrenamt als eine freiwillige, nicht gewinnorientierte, öffentliche Tätigkeit definiert, die gemeinschaftlich und gemeinwohlorientiert ausgeübt wird.¹⁶ Auf der Basis dieser Merkmale ergeben sich folgende Quoten im freiwilligen Engagement.

Insgesamt sind 43,6% der deutschen Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr ehrenamtlich aktiv. Die meisten Personen, die sich engagieren, sind zwischen dem 14. und 49. Lebensjahr. Auch die Bildung der potenziellen Engagierten spielt eine wichtige Rolle. Personen mit einem hohen Schulabschluss (76%) sind wesentlich häufiger ehrenamtlich aktiv als Personen mit niedrigem (58,6%) oder mittlerem Schulabschluss (68,1%).¹⁷

Die Bildungsunterschiede sind als wichtig einzustufen, da öffentliche Aktivität als Vorstufe zum Ehrenamt essentiell sein kann. Hier werden Kontakte geknüpft und ein Austausch findet statt. Dadurch können ehrenamtliche Aufgaben von externen Personen übernommen werden.¹⁸ Menschen mit höherer Bildung haben zudem eher materielle und immaterielle Ressourcen, die für das freiwillige Engagement benötigt werden. Sie wissen besser, wo und wie sie sich gesellschaftlich einbringen können.¹⁹

¹⁶ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.38.

¹⁷ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.85,105.

¹⁸ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.106.

¹⁹ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.86.

Ehrenamt kann in Organisationen, Vereinen, Glaubensgemeinschaften, sozialen Diensten und staatlichen Organen ausgeübt werden. Beispielhaft hierfür ist die Mitgliedschaft bei der freiwilligen Feuerwehr.²⁰

Abbildung 1: Anteil der Engagierten in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, 2014



Quelle: Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, S.30.

Die Abbildung 1 zeigt, wie sich das Engagement auf die einzelnen Bereiche des Ehrenamts verteilt. Der hohe Anteil im Sport lässt sich dadurch erklären, dass es sich um eine gemeinschaftliche Aktivität im öffentlichen Bereich handelt. Auch die vielen Sportvereine in ganz Deutschland, sowie Gesundheits- und Bewegungsprogramme und Kurse für bestimmte Zielgruppen (z.B. Seniorensport) tragen zu dem hohen ehrenamtlichen Engagement bei.²¹

²⁰ Vgl. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit, Rn.1.

²¹ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.109.

Insgesamt gaben 70,2% der Wohnbevölkerung Deutschlands an, dass sie in einem der Bereiche aktiv waren oder es aktuell sind. Der Anteil der engagierten Männer (70,9%) und Frauen (69,6%) ist fast gleich hoch.²²

Allerdings besteht dennoch ein Unterschied im Engagement von Männern und Frauen. Frauen mit einem Kind unter drei Jahren vermindern ihren Einsatz im Ehrenamt. Im Gegensatz zu dieser Beobachtung stehen die Männer. Sie engagieren überdurchschnittlich, wenn ihr jüngstes Kind unter drei Jahren alt ist.²³

Auch hier ist in der Struktur des Ehrenamts ein Wandel wahrnehmbar. Das Ehrenamt wird vor allem im religiösen Bereich aus ethischen Gründen ausgeübt. Außerdem ist immer häufiger zu beobachten, dass die jüngeren Ehrenamtlichen einen eigenen Nutzen aus der Tätigkeit ziehen wollen. Es ist auch zu beobachten, dass das traditionelle Ehrenamt, wie die Freiwillige Feuerwehr und das Rote Kreuz, oft an die Umgebung gebunden ist. Dieses Engagement ist meist von langer Dauer, an eine bestimmte Organisation und einen Ort gebunden. Im Gegensatz dazu ist der ehrenamtliche Einsatz, der sich am eigenen Nutzen orientiert, eher von kurzer Dauer.²⁴

2.3 Bisherige geldwerte Situation und sozialrechtliche Absicherung im Ehrenamt

Gem. §22 (3) MiLoG (Mindestlohngesetz) ist die Vergütung des Ehrenamts von der Anwendung des MiLoG ausgeschlossen. Demnach ist kein Mindestlohn von 8,50 Euro je Zeitstunde ab dem 01.01.2015 gem. §1 (2) S.1 MiLoG an ehrenamtlich Tätige zu zahlen.

Da kein Arbeitsverhältnis vorliegt, soll auch kein Mindestlohn gezahlt werden. Ehrenamtliche und Personen, die zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt werden, sind hier klar in ihrem Status vom Arbeitnehmer abzugrenzen.²⁵

²² Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.105.

²³ Vgl. Hollstein, Ehrenamt verstehen, S.45.

²⁴ Vgl. Hollstein, Ehrenamt verstehen, S.213f.

²⁵ Vgl. BT-Drucksache 18/1558 vom 28.05.2014, S.43.

Wichtig ist zwischen Geldzahlungen und Kostenerstattungen zu differenzieren. Geldzahlungen sollen einen Anreiz schaffen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie sind rein geldwerter Zugewinn für die engagierte Person. Kostenerstattungen hingegen gleichen bereits entstandene finanzielle Aufwendungen aus. Hier ist das Ziel, Hürden für die Ausübung eines Ehrenamts zu verringern. Aufwandsentschädigungen sind in diesem Zusammenhang das Erstatte bereits getätigter Auslagen. Diese Entschädigungen können auch das Ersetzen eines entgangenen Arbeitsentgeltes aufgrund der Ausübung des Ehrenamts sein.²⁶

Gem. §3 Nr.26 S.1 EStG (Einkommenssteuergesetz) sind Einnahmen bis zu 2400 Euro steuerfrei für Personen, die nebenberuflich als Übungsleiter o.Ä. im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts tätig sind, die in einem Staat der EU (Europäische Union) oder einem Staat belegt ist, auf den das Abkommen über den EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) Anwendung findet oder einer unter §5 (1) Nr.9 KSt (Körperschaftsteuer) fallende Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke. Gem. §3 Nr.26a S.1 EStG sind Einnahmen aus einer nebenberuflichen Tätigkeit bis zu 720 Euro steuerfrei. Die Befreiung von der Steuer ist ausgeschlossen, wenn eine Befreiung bereits nach §3 Nr.12, 26, 26b EStG vorliegt. Gem. §3 Nr.26b EStG sind Aufwandsentschädigungen nach §1835a BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) grundsätzlich ebenfalls steuerfrei. Allerdings darf diese addiert mit den steuerfreien Einnahmen im Sinne des §3 Nr.26 EStG den Freibetrag von 2400 Euro nicht übersteigen.

Wie an diesen Regelungen zu sehen ist, können Aufwandsentschädigungen aus dem Ehrenamt von den steuerlichen Einnahmen abgesetzt werden. Dies setzt allerdings voraus, dass die ehrenamtlich tätige Person ein steuerpflichtiges Einkommen gem. §§1f. EStG bezieht. Demnach sind Personen, die nur ehrenamtlich tätig sind, von diesen steuerlichen Vergünstigungen ausgeschlossen.

²⁶ Vgl. Gordo/Vogel, Geldzahlungen, Sachzuwendungen und Kostenerstattung im freiwilligen Engagement, S.373.

Sozialrechtlich sind unentgeltlich und selbständig tätige Personen, besonders im Ehrenamt der Wohlfahrtspflege und des Gesundheitswesens, über die Unfallversicherung gem. §2 (1) Nr.9 SGB VII abgesichert. Personen, die in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen oder zum Schutz der Zivilbevölkerung unentgeltlich, insbesondere im Rahmen eines Ehrenamts oder an Ausbildungsveranstaltungen dieser Unternehmen, tätig sind, sind gem. §2 (1) Nr.12 SGB VII in der Unfallversicherung abgesichert. Unter diese Regelung fallen auch satzungsgemäße Veranstaltungen, die den Nachwuchs der Organisation fördern. Gem. §8 (1) SGB VII kann somit ein Arbeitsunfall im Ehrenamt entstehen. Dadurch kann der Versicherte Leistungen aus der Unfallversicherung beziehen.

2.4 Probleme in der Vergangenheit von geldwerten Entschädigungen im Ehrenamt.

Im folgenden Unterpunkt wird analysiert, zu welchen Problemen Ehrenamt in der Vergangenheit in Verbindung mit Geldzahlungen geführt hat. Zudem werden bestehende Problematiken am Beispiel der Unfallversicherung beleuchtet.

2.4.1 Problematik der gesetzlichen Definition von Ehrenamt am Beispiel des Art. 33a BayRDG a.F.

Zwischen ähnlichen Ehrenämtern wurde bereits in der Vergangenheit differenziert, indem gleiche Sachverhalte unterschiedlich behandelt wurden. Dies zeigt sich besonders gut an dem Beispiel der Lohnfortzahlung vor der Neufassung des Art. 33a BayRDG (Bayerisches Rettungsdienstgesetz).

Vor der Änderung wurde kritisiert, dass zwischen den Helfern der Feuerwehr und denen des BRK unterschiedliche Regelungen bei der Entgeltfortzahlung bestanden. Die Ehrenamtlichen der Feuerwehr hatten für Einsätze immer ein Anrecht auf Lohnfortzahlung, wenn sie aufgrund des Einsatzes von der Arbeit verhindert waren. Die Helfer des BRK mussten jemanden rettungsdienstlich versorgen, um dasselbe Recht wie

Feuerwehrangehörige zu erhalten. Wenn lediglich die Verpflegung oder Betreuung von Personen vorlag, entstand kein Anrecht auf Lohnfortzahlung. Dadurch nahmen sich die Helfer des BRK als Helfer zweiter Klasse wahr.²⁷

Die Argumentation gegen die Helfergleichstellung der Ehrenamtlichen des BRK war, dass bei dem Schaffen des Anrechts auf Lohnfortzahlung andere Ehrenamtliche ebenfalls Lohnfortzahlung fordern könnten. Z.B. könnten Fußballtrainer fordern, den Feuerwehrleuten gleichgestellt zu werden, weil ihr Ehrenamt ebenfalls wichtig für die Allgemeinheit ist. Diese Befürchtung wurde von der Gegenseite nicht anerkannt, da Notfalleinsätze, im Gegensatz zu Fußballspielen, nicht planbar sind.²⁸

In Bezug auf die Rentenversicherung sind bei der Schaffung von Entgeltpunkten mit einer gesetzlichen Definition des Ehrenamts möglicherweise auch Ungleichbehandlungen die Folge. Zudem ist fraglich, welche Ehrenämter durch Entgeltpunkte gefördert werden sollen. Jede Form von Ehrenamt könnte in der Rentenversicherung berücksichtigt werden. Es könnte allerdings auch die Auffassung vertreten werden, dass nur bestimmte Ehrenämter, z.B. Ehrenämter, die der öffentlichen Sicherheit dienen, durch die Rentenversicherung gefördert werden sollen. Hier müsste die Funktion der Entgeltpunkte bestimmt werden. Diese könnten eine Förderung des Ehrenamts oder ein Ausgleich innerhalb der Gesellschaft sein.

2.4.2 Problematik der klaren Abgrenzung von Ehrenamt und Privatvergnügen

Problematisch ist ebenfalls die Definition von ehrenamtlichem Engagement als versicherte Tätigkeit. Dies wird deutlich an Beispielen aus der Unfallversicherung.

Gem. §2 (1) Nr.12 SGB VII sind Personen, die bei Unglücksfällen über Unternehmungen Hilfe leisten, durch die Unfallversicherung versichert.

²⁷ Vgl. Engel, Helfer zweiter Klasse.

²⁸ Vgl. Engel, Helfer zweiter Klasse.

Hauptaufgabe des DRK ist es in Not geratene Menschen, Hilfe und Schutz zu gewähren, ihr Leiden zu vermeiden und zu lindern.²⁹

Beispielsweise leistet ein Mitglied des DRK einer Person, die in einem Unglücksfall Leid erlitten hat, erste Hilfe. Das DRK Mitglied ist in einer Unternehmung im Sinne des §2 (1) Nr.12 SGB VII tätig.³⁰ Es liegen ein Unglücksfall und eine Hilfeleistung im Sinne des §2 (1) Nr.12 SGB VII vor. Somit liegt bei den im Leitbild des DRK genannten Tätigkeiten eine versicherte Tätigkeit vor.

Aber ein Verein wie das DRK bzw. das BRK besteht nicht nur aus Einsätzen. Es werden regelmäßig Dienstabende gehalten. Diese setzen sich aus Einweisungen in neue Gerätschaften, Übungen, Belehrungen und kameradschaftlichen Treffen zusammen.³¹ In diesen Fällen ist der gesetzliche Unfallversicherungsschutz nicht immer eindeutig geregelt.

Kameradschaft hat einen hohen Stellenwert und ist von wichtiger Bedeutung. Dies wird besonders klar am Beispiel von Soldaten. Die Kameradschaft ist mehr als nur die Pflicht der Soldaten, für andere einzustehen und Notsituationen gemeinsam zu bewältigen. Kameradschaft ist auch normativ unter den Soldaten verankert und wird eigenständig bei Verstößen von der Gruppe sanktioniert. Kameradschaft bietet zudem Soldaten eine Art Ersatzfamilie. Innerhalb der Gruppe sind wichtige Bezugspersonen, um das Erlebte im Einsatz zu verarbeiten.³²

Diese Form der Kameradschaft könnte auch analog auf das Ehrenamt angewendet werden. Hier werden ebenfalls Einsätze durchgeführt, die eventuelle psychische Belastungen mit sich bringen (vgl. 4.3). Kameradschaft könnte allerdings auch einen reinen Spaßfaktor haben. Daher ist sie teilweise unterschiedlich rechtlich zu beurteilen. Diese Problematik zeigt sich besonders gut an der Rechtsprechung im Unfallversicherungsrecht an folgenden Beispielen.

²⁹ Vgl. Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., unser Leitbild, S.2.

³⁰ Vgl. Marburger/Dahm, Ehrenamt: Sozialrechtlich voll abgesichert, S.24.

³¹ Vgl. Anlage 4 HJDP II 2016 BRK Altstadt (Iller).

³² Vgl. Wiens, Vertrauen in der ökonomischen Theorie, S.274.

Im Jahre 1980 erlitt ein Mitglied der Feuerwehr auf dem Weg zu einer befreundeten ausländischen Feuerwehr einen tödlichen Unfall. Streitig war, ob das Feiern eines Jubiläumsfestes eine versicherte Tätigkeit über die Unfallversicherung darstellte.³³ Das Fahren zu und Anwesenheit bei diesem Fest stellt keine dienstliche Pflicht im Rahmen der Feuerwehr dar, da es die Angelegenheiten der eigenen Feuerwehr nicht unterstützt. Das reine Tragen von Dienstkleidung ist nicht ausreichend für eine versicherte Tätigkeit.³⁴

Im Fall eines Waldfestes der Feuerwehr kam die Rechtsprechung zu einem anderen Ergebnis. Hier zog sich ein Mitglied der Feuerwehr zu Fuß auf dem Weg nach Hause eine Fraktur am linken Unterschenkel zu.³⁵ Bei diesem Waldfest war die Feuerwehr leittragender Veranstalter. Das Fest diente der Werbung und Information über Aktivitäten der Feuerwehr. Daher liegt eine versicherte Tätigkeit vor.³⁶

Ein weiterer Unfall mit Fraktur am Unterschenkel ereignete sich im Rahmen der Kameradschaftspflege. Ein Mitglied der Feuerwehr zog sich diese Fraktur alkoholisiert auf dem Weg zum Toilettenwagen zu. Der Ortsbrandmeister hatte den Abmarsch noch nicht angeordnet. Das SG (Sozialgericht) Hannover (AZ: S 36 U 65/10) stellte in der Sache einen Arbeitsunfall fest, da der Unfall im Rahmen der Tätigkeit in der Feuerwehr versichert sei.³⁷ Dieser Unfall ereignete sich allerdings im Rahmen eines privaten Wettkampfes. Zudem ist von der privaten Art der Verrichtung der Notdurft auszugehen. Daher entschied das LSG (Landessozialgericht), dass keine versicherte Tätigkeit im Sinne der Unfallversicherung vorliegt.³⁸ Diese Fälle zeigen, dass eine versicherte Tätigkeit im Rahmen der Kameradschaft vom Einzelfall abhängig sein kann. Dieses Problem könnte sich auch auf die Rentenversicherung übertragen lassen.

³³ Vgl. BSG, Urteil vom 27.02.1985, AZ: 2/RU/10/84, S.2.

³⁴ Vgl. BSG, Urteil vom 27.02.1985, AZ: 2/RU/10/84, S.8f.

³⁵ Vgl. BSG, Urteil vom 29.11.1990, AZ: 2/RU/27/90, S.2.

³⁶ Vgl. BSG, Urteil vom 29.11.1990, AZ: 2/RU/27/90, S.6ff.

³⁷ Vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 25.10.2016, AZ: L 16/3 U 186/13, S.2ff.

³⁸ Vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 25.10.2016, AZ: L 16/3 U 186/13, S.10ff.

Vor allem im Rahmen der Kameradschaft muss geklärt werden, wie diese anzurechnen ist. Wenn von dem Standpunkt ausgegangen wird, dass nur das eigentliche Ehrenamt und nicht das Vergnügen des Einzelnen in der rentenrechtlichen Zeit berücksichtigt werden soll, ergeben sich die oben erläuterten Schwierigkeiten.

Im Rahmen der Unfallversicherung wird geselliges Zusammensein in der Regel nicht der versicherten Tätigkeit zugeordnet, denn sonst wäre jedes Gespräch über dienstliche Belange als versicherte Tätigkeit anzuerkennen.³⁹

Das Argument, dass Soldaten ihre Erlebnisse im Einsatz durch Kameradschaft verarbeiten, könnte auch auf das Ehrenamt übertragen werden. Somit wäre die Kameradschaft Teil des Ehrenamts, da es in unmittelbaren Zusammenhang mit der Haupttätigkeit stünde.

Allerdings könnten auch rechtliche Problematiken analog zur Unfallversicherung entstehen. Fraglich ist, ob Waldfeste, nachträgliches Zusammensein bei Werbeaktionen für den Verein oder der Besuch von befreundeten Vereinen eine rentenrechtliche Zeit verkörpern soll.

3 Entgeltpunkte für ehrenamtliche Tätigkeiten

Im folgenden Kapitel werden die Förderungsmöglichkeiten durch den Staat und die aktuelle geldwerte Situation in der Rentenversicherung für das Ehrenamt betrachtet. Zudem wird erläutert, warum eine Entschädigung bzw. geldwerter Anreiz in der Rentenberechnung nur durch Anerkennung von EP (Entgeltpunkten) erreicht werden kann.

3.1 Möglichkeiten der Förderung durch den Staat

Für die Politik gibt es zwei Möglichkeiten ehrenamtliches Engagement zu fördern. Diese Förderung kann materiell oder immateriell geleistet werden. Immaterielle Förderung kann sich z.B. in Form von Verdienstorden, Danksagungen oder Diensträngen äußern. Diese Förderung führt zu einer

³⁹ Vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 25.10.2016, AZ: L 16/3 U 186/13, S.11f.

größeren Anerkennung des Ehrenamts in der Gesellschaft. Zudem wirkt sie sich nicht finanziell auf den Finanzhaushalt der Sozialkassen aus.⁴⁰

Immaterielle Förderungen durch den bayerischen Staat sind das Verleihen eines Ehrenzeichens und einer Urkunde, wenn eine Person 25 oder 40 Jahre ehrenamtlich in einem Verein, wie dem BRK oder der Freiwilligen Feuerwehr, aktiv war. Am 01.01.2013 wurde das Verleihen von Ehrenzeichen auf andere Hilfsorganisationen erweitert. Diese sind beispielsweise der Arbeiter-Samariter-Bund oder das Technische Hilfswerk. Diese Auszeichnungen verleiht das bayerische Staatsministerium des Inneren.⁴¹

Ehrungen sind ein wichtiger Bestandteil der symbolischen Wertschätzung des Ehrenamts, die die ethischen Überzeugungen dessen widerspiegeln. Zudem bringen Ehrungen innerhalb des Ehrenamts Macht hervor und stellen eine gesellschaftliche Möglichkeit dar, Werte zu festigen. Sie können somit ein symbolisches Mittel der Politik sein.⁴²

Im Gegensatz dazu kann materielle Förderung zum Anstieg von Ausgaben und zu einem finanziellen Verlust bei den Einnahmen führen. Materielle Förderungen sind z.B. das Ersetzen von Verdienstaufschlägen, Geschenke, Freikarten, Bildungsurlaub, aber auch das Schaffen einer Solidarzeit in der gesetzlichen Rentenversicherung.⁴³

In 14 von 16 Bundesländern haben Arbeitnehmer einen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub pro Kalenderjahr. Dieser Bildungsurlaub kann zusätzlich zum Urlaub genommen werden. Diese Regelung ist Sache der Länder, daher kann in jedem Bundesland der Bildungsurlaub gesondert geregelt werden. In allen Bundesländern, außer in Bayern und in Sachsen, haben Arbeitnehmer einen Anspruch auf Bildungsurlaub.⁴⁴

⁴⁰ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.134f.

⁴¹ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Ehrung für Verdienste um das Rettungswesen und den Katastrophenschutz.

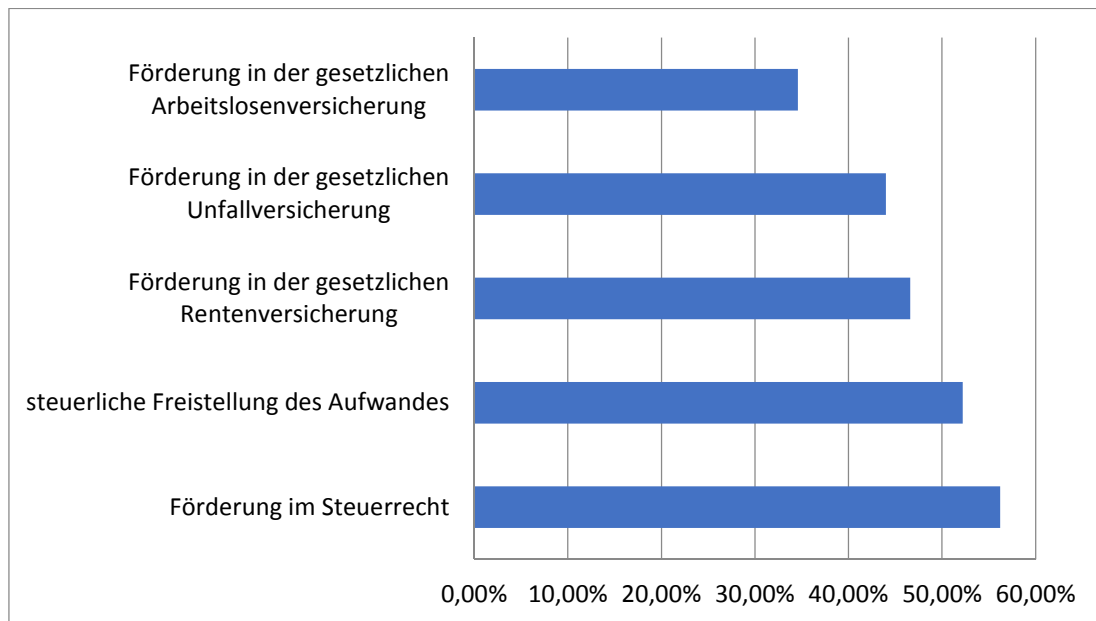
⁴² Vgl. Hollstein, Ehrenamt verstehen, S.216.

⁴³ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.134f.

⁴⁴ Vgl. Wolff, Auf klugem Kurs.

Hier wird ersichtlich, dass das Ehrenamt auch materiell gefördert wird. Notwendige Fortbildungen im Ehrenamt könnten somit teilweise mit Bildungsurlaub absolviert werden.

Abbildung 2: Interesse an einer steuerlichen und sozialstaatlichen Förderung des Ehrenamts



Quelle: Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.134f.

Statistiken von 2002 belegen, dass von den ehrenamtlich Tätigen vor allem eine Förderung des Ehrenamts im Steuerrecht erwünscht ist. 56,2% der Ehrenamtlichen erhoffen sich, dass Kosten steuerlich abgesetzt werden können. Die steuerliche Freistellung des Aufwandes wünschen sich 52,2%. Für 46,6% besteht Interesse an einem Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung. 44% wollen in der Unfallversicherung und 34,6% in der Arbeitslosenversicherung eine finanzielle Förderung.⁴⁵

Der Freiwilligensurvey von 2014 belegt teilweise gesteigertes Interesse an sozialstaatlichen Förderungen. Demnach sind 55% der Ehrenamtlichen interessiert, durch die Haftpflicht- und Unfallversicherung versichert zu sein. 52,2% wollen Verbesserungen im Bereich der steuerlich geltend gemachten Aufwandsentschädigungen. 50,5% sehen

⁴⁵ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.135.

Verbesserungsmöglichkeiten beim steuerlichen Absetzen von Kosten für das Ehrenamt.⁴⁶

An diesen Zahlen lässt sich erkennen, dass das sozialpolitische Interesse an der gesetzlichen Rentenversicherung in Hinblick auf das Ehrenamt größer war als in der gesetzlichen Unfallversicherung. Entsprechende Regelungen existieren bereits für die gesetzliche Unfallversicherung.

Steuerliche Vorteile und Bildungsurlaub sind als kurzfristige Vergünstigungen zu interpretieren. Der Ehrenamtliche erhält spätestens innerhalb eines Jahres diese Vorteile. Die Unfallversicherung greift nur im Falle eines Unfalls. Die Rentenversicherung hingegen wäre eher ein langfristiger Vorteil.

Im Folgenden wird die aktuelle Rechtslage der gesetzlichen Rentenversicherung untersucht. Das Interesse an einer Förderung des Ehrenamts ist nicht vollkommen auszuschließen.

3.2 Aktuelle Rechtslage

Für ehrenamtlich Tätige würde eine rentenrechtliche Zeit nach §54 SGB VI entstehen, wenn dessen Voraussetzungen erfüllt sind.

Es würde eine Beitragszeit mit vollwertigen Beiträgen gem. §54 (1) Nr.1a SGB VI entstehen, wenn eine Beitragszahlung für den entsprechenden Kalendermonat vorliegt. Dazu muss ein Arbeitsentgelt gem. §14 SGB IV oder ein Arbeitseinkommen gem. §15 SGB IV bezogen werden. Dies ist bei ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht der Fall. Es werden auch keine Beiträge vom Staat, Verein oder aus Aufwandsentschädigungen gezahlt wie für Zeiten des §3 SGB VI. Somit liegt keine Beitragszeit vor.

Gem. §§54 (1) Nr.1b, (3) SGB VI könnten beitragsgeminderte Zeiten vorliegen. Hierzu müssten eine Beitragszeit und eine beitragsfreie Zeit gleichzeitig vorliegen. Da keine Beitragszeit vorliegt, ist somit eine beitragsgeminderte Zeit ausgeschlossen.

Es könnte eine beitragsfreie Zeit gem. §52 (1) Nr.2 SGB VI vorliegen. Dazu muss eine ZZ (Zurechnungszeit), AZ (Anrechnungszeit) oder EZ

⁴⁶ Vgl. Simonson/Vogel, Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen, S.532.

(Ersatzzeit) vorliegen. Eine ZZ ist gem. §59 SGB VI ausgeschlossen, da hierfür eine Erwerbsminderung oder ein Todesfall vorliegen müsste. Es liegt ebenfalls keine EZ gem. §§ 250f. SGB VI vor, da das Ehrenamt nicht direkt mit Kriegshandlungen oder Vertreibungen zusammenhängt.

Somit wäre eine AZ gem. §58 (1) SGB VI möglich. Für Zeiten der ehrenamtlichen Tätigkeit ist keine analoge Anwendung des §58 (1) SGB VI möglich. Es handelt sich bei §58 (1) SGB VI um eine abschließende Aufzählung von Tatbeständen.⁴⁷ Daher ist eine beitragsfreie Zeit ebenfalls zu verneinen.

Eine BÜZ (Berücksichtigungszeit) gem. §§54 (1) Nr.3, 57 SGB VI ist ebenfalls ausgeschlossen, da im Falle des Ehrenamts keine Erziehung eines Kindes bis zum zehnten Lebensjahr oder die Pflege einer Person zwischen dem 01.01.1992 und dem 31.03.1995 gemeint ist. Die Pflege wird zwar in Kapitel 5 als Ehrenamt bezeichnet, allerdings liegt hier ein spezifisches Ehrenamt vor und meint nicht ehrenamtliche Tätigkeiten generell.

Da keiner der Tatbestände des §54 SGB VI erfüllt ist, liegt bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit keine rentenrechtliche Zeit vor.

Das Entstehen der Solidargemeinschaft der Versicherten für ehrenamtlich Tätige gem. §§163 (3), (4), 168 (1) Nr.5 SGB VI ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.⁴⁸

3.3 Schaffung des Entgeltpunktes

Gem. §64 SGB VI ergibt sich eine Monatsrente, wenn die PEP (persönlichen Entgeltpunkte) gem. §66 SGB VI mit dem RAF (Rentenartfaktor) gem. §67 SGB VI und dem aRw (aktuellen Rentenwert) gem. § 68 SGB VI vervielfältigt werden.

Dabei ist der RAF und der aRw durch die Rentenart bzw. einen vorgegebenen Wert festgelegt.

Die PEP ergeben sich aus der Summe der EP vervielfältigt mit dem ZF (Zugangsfaktor) gem. §66 SGB VI. Der ZF ist gem. §77 SGB VI geregelt

⁴⁷ Vgl. Hessisches LSG, AZ: L 2 R 128/12 vom 26.03.2013, Rn.35-37.

⁴⁸ Vgl. Hessisches LSG, AZ: L 2 R 128/12 vom 26.03.2013, Rn.39.

und legt fest, zu welchem prozentualen Anteil die EP in die Berechnung einfließen. Er liegt beispielsweise unter 1,0, wenn eine Rente vor Erreichen der Regelaltersgrenze gem. §77(2) S.1 Nr.2a SGB VI oder vor dem 65. Lebensjahr bei Erwerbsminderungsrenten gem. §77(2) S.1 Nr.3 SGB VI in Anspruch genommen wird. Der ZF ist somit ein Wert, der sich nach dem Alter des Versicherten bei Rentenbeginn oder des Alters bei Tod gem. §77 (1) Nr.4 SGB VI bestimmt. Versicherte haben, wenn sie den Monat des Rentenbeginns bestimmen können, einen Einfluss auf die Abschläge der Rente. Dieser Umstand ist nur bei Altersrenten gegeben, daher kann dieser Wert im weiteren Sinne als vorgegeben interpretiert werden. Der Maximalabschlag beträgt 14,4%.

Daraus lässt sich schließen, dass die EP den variablen Wert der Rentenberechnung darstellen. Es können gem. §70 SGB VI EP für BZ (Beitragszeit) oder EP für beitragsfreie Zeiten gem. §§71-74 SGB VI ermittelt werden.

Daher ist es notwendig die Art der Zeit zu bestimmen.

Die Enquete-Kommission bezeichnet rentenrechtliche Zeiten für eine ehrenamtliche Tätigkeit als „Solidarzeit“. Diese Zeit könnte auf unterschiedliche Weise anerkannt werden. Es wären beitragsfreie Zeiten oder BZ möglich, wenn die Beitragstragung durch Dritte (z.B.: den Staat) oder den Engagierten selbst erfolgt.⁴⁹ Eine weitere denkbare Zeit wäre eine BÜZ.

4 Problemfelder des Ehrenamts mit Bezug auf die Rentenversicherung

In diesem Kapitel soll überprüft werden, ob eine rentenrechtliche Zeit eine dringende Notwendigkeit für das Ehrenamt ist. Zudem soll untersucht werden, welche Umstände im Ehrenamt herrschen. Dies wird an der Kritik der GEFA (Gewerkschaft für Ehrenamt und freiwillige Arbeit) und der Notwendigkeit des Ehrenamts im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise aufgezeigt. Im Anschluss werden die Problemfelder des

⁴⁹ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

Nachwuchsmangels im klassischen Ehrenamt und der psychischen Probleme aus dem Ehrenamt beleuchtet.

4.1 Kritik der GEFA an Umgang mit dem Ehrenamt

Im September 2016 wurde die GEFA gegründet. Sie kritisiert, dass hilfsbedürftige Menschen auf Ehrenamtliche mit Zeit- und Geldknappheit angewiesen seien. Medizinisch notwendige Operationen können teilweise aufgrund dessen nicht realisiert werden, da z.B. nicht genügend Spenden eingenommen werden, von denen diese abhängig sind. Daher braucht es Kritik an den Voraussetzungen, die das Ehrenamt unentbehrlich machen. Die GEFA fordert daher, dass Ehrenamt weniger Notwendigkeit aufweisen soll. Laut ihnen baue sich der Sozialstaat ab und nehme bewusst die Ressource „Gemeinschaft“ in seinen Dienst.⁵⁰

Die Bundesregierung begründete 2012 mit einer ähnlichen Auffassung das GemEntBG (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz). Wenn öffentliche Kassen ein knappes Budget haben, wird die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft wichtiger. Der Staat hat sich auf das Abbauen von Haushaltsdefiziten und seine Aufgaben zu konzentrieren. Daher besteht eine Notwendigkeit, das Ehrenamt zu stärken und Hindernisse bei der Ausübung abzubauen.⁵¹

Das Ehrenamt wird von der GEFA als „Lückenfüller sozialstaatlicher Versorgung“ betitelt. Als Beispiel hierfür kann die Flüchtlingskrise ab 2015 betrachtet werden. Die Asylpolitik der Bundesregierung und die damit verbundene Integrationsarbeit nur möglich durch die ehrenamtlichen Sprachkurse. Soziale Grundrechte wie die medizinische Versorgung können teilweise nur durch ehrenamtliche Netzwerke sichergestellt werden. Ehrenamt übernimmt hier eine essentielle Funktion der öffentlichen Ordnung, erfährt aber von staatlicher Seite wenig Unterstützung. Dies führt dazu, dass die GEFA der Meinung ist, für den Staat sei Ehrenamt eine Selbstverständlichkeit.⁵²

⁵⁰ Vgl. Memarnia, Ehrenamt braucht Kritik.

⁵¹ Vgl. BT 17/11316 vom 06.11.2012, S.8.

⁵² Vgl. GEFA, Am Beispiel medizinischer Versorgung, das Medinetz-Dilemma.

Somit ist zu schlussfolgern, dass sich der Staat des Nutzens des Ehrenamts bewusst ist. Die Kritik, dass Gemeinschaft eine Ressource des Staates sei, ist zu bejahen.

In Bezug auf die Rentenversicherung ist unbezahlte Arbeit als fehlende Beitragsleistung zu werten. Fehlende Beiträge führen im Prinzip zu niedrigen Renten. Dieser Umstand wirft die Frage auf, ob durch eine wachsende Anzahl der Arbeitsplätze und schrumpfende Anzahl von ehrenamtlich Tätigen eine bessere Absicherung gegeben wäre. Die Solidarzeit wäre dann eventuell nicht mehr notwendig.

4.2 Notwendigkeit des Ehrenamts

Nun soll am Beispiel der Flüchtlingskrise 2015 überprüft werden, inwiefern tatsächlich von der Notwendigkeit des Ehrenamts gesprochen werden kann.

Im Herbst 2015 wurde bei der Einreise von Flüchtlingen für kurze Zeit das Dublin-Verfahren ausgesetzt. Im Dublin-Verfahren hat der EU-Staat den Asylantrag zu bearbeiten, in dem ein Flüchtling zuerst ankam bzw. registriert wurde. Im November 2015 teilte Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit, dass dieses Verfahren für alle Flüchtlinge und EU-Staaten mit Ausnahme von Griechenland wieder eingeführt sei. Er verkündete diese Entscheidung ohne vorher die SPD-Parteispitze zu informieren. Dieses Vorgehen wurde als nichteinheitliche Flüchtlingspolitik eingestuft.⁵³

2015 flüchteten ca. 890.000 Menschen nach Deutschland. 2016 suchten nur noch ca. 280.000 Menschen Zuflucht in Deutschland. Thomas de Maizière begründet diese Entwicklung mit dem EU-Türkei-Abkommen und dem Schließen der Balkan-Route.⁵⁴

Flüchtlinge werden von Ehrenamtlichen auf die Behörde begleitet, sie werden in die Schulbildung oder Praktika eingeführt und ihnen wird Deutsch beigebracht. Diese Aufgaben sind wichtig in der Integration und führen zu Kontakt mit deutschen Bürgern. Notwendig ist vor allem die

⁵³ Vgl. Schmale, Dublin-Verfahren wird wieder angewendet.

⁵⁴ Vgl. Tagesschau, Flüchtlingszahlen 2016, 280.000 Schutzsuchende in Deutschland.

Koordinierung der ehrenamtlichen Helfer. Dazu müssten Stellen geschaffen werden. Hierfür werden mehrsprachige Verwaltungsmitarbeiter gefordert. Im Augenblick wird dieser Mangel an hauptamtlichen Mitarbeitern durch ehrenamtliche Dolmetscher ausgeglichen.⁵⁵

Dieses Beispiel zeigt, dass Ehrenamt durchaus als „Lückenbüßer“ bezeichnet werden kann. Politische Entscheidungen werden ehrenamtlich getragen. Integration erfolgt über das Ehrenamt. In diesem Zusammenhang könnte das Ehrenamt tatsächlich als rein kostengünstige Form der Integration gesehen werden.

Dagegen spricht, dass diese Auswirkungen nicht rein politisch getragen werden können. Wie die Flüchtlingszahlen zeigen, war der Bedarf nach Erstaufnahmestellen im Jahr 2015 wesentlich höher als im Jahr 2016. Außerdem sind die politischen Entscheidungen in diesem Zeitraum nicht absehbar gewesen, was sich besonders gut an den Handlungen des Bundesinnenministers im Rahmen des Dublin-Verfahrens zeigte. Es ist fraglich, ob in so kurzen Zeiträumen tatsächlich Stellen hätten geschaffen werden können, die so flexibel wie das Ehrenamt sind.

Trotzdem bleibt zu betonen, dass die Unterstützung von Flüchtlingen vorerst Aufgabe des Staates sein sollte. Aufgaben wie diese sind zwar nur mit einem immensen Aufwand zu erreichen, aber die Fürsorge für Andere kann nicht rein privat getragen werden. Ein weiteres Beispiel für das Ehrenamt, das bei mangelnder Versorgung für den Staat einspringt, sind die Tafelläden.⁵⁶

Ehrenamt präsentiert sich hier relativ alternativlos und mildert soziale Probleme. Diese These führt zu der Überlegung, ob Ehrenamt als gesamtgesellschaftlicher Mehrwert zu entlohnen ist. Dies könnten in Form von höheren Aufwandsentschädigungen oder Solidarzeiten umgesetzt werden.

⁵⁵ Vgl. Zeit online, Im Ehrenamt lebt die Willkommenskultur noch.

⁵⁶ Vgl. Rieger, Ein Soziologe übt Kritik „Das Engagement verliert an Wert“.

4.3 Nachwuchsprobleme des „Klassischen Ehrenamts“

Ein weiteres Problem ist, Nachwuchs für das klassische Ehrenamt, wie THW und Freiwillige Feuerwehr, zu finden. Menschen wollen sich nicht auf Dauer an ein Ehrenamt binden. Die Freiwilligen Feuerwehren sind traditionell eher männlich geprägt und verfügen über wenig weibliches Personal und Nachwuchskräfte. Problematisch ist zugleich, dass Arbeitgeber in stetig geringer werdendem Maße ihre Mitarbeiter von der Arbeit freistellen wollen. All diese Gründe führen zu abnehmenden Mitgliederzahlen bei den Freiwilligen Feuerwehren.⁵⁷

Es besteht eine gesellschaftliche Notwendigkeit der Freiwilligen Feuerwehr, da sie z.B. in Großschadenslagen wie Großbränden, zur Gefahrenabwehr und bei umgestürzten Bäumen durch Stürme ausrückt. Sie sorgt somit durch ihr freiwilliges Engagement für die Sicherheit der Bevölkerung.⁵⁸

Allerdings ist der Nachwuchsmangel in der Freiwilligen Feuerwehr als Problem fraglich. Beispielsweise wird in Bayern gem. Art. 13 (1) BayFwG (Bayerisches Feuerwehrgesetz) die Bevölkerung zwischen dem 18. bis zum 60. Lebensjahr der jeweiligen Gemeinde herangezogen, wenn die Freiwillige Feuerwehr nicht ihre erforderliche Mindestanzahl an Mitgliedern erfüllt und somit ihre Aufgaben nicht wahrnehmen kann. Gem. Art. 13 (4) BayFwG hat die Gemeinde die Pflicht, eine Feuerwehr aufzustellen, wenn keine Freiwillige Feuerwehr zustande kommt. Dies ist nicht notwendig, wenn eine Berufsfeuerwehr in ausreichender Stärke vorhanden ist.

Ebenfalls besteht eine Notwendigkeit Hilfsorganisationen wie das BRK zu unterhalten. Sie stellen einen wichtigen Teil des Katastrophenschutzes dar und könnten ihre Aufgaben nicht ohne das Ehrenamt bewältigen. Z.B. ist durch die SEG (Schnelleinsatzgruppen), die mit Ehrenamtlichen besetzt sind, in großen Schadensfällen die Möglichkeit gegeben, neben den Hauptamtlichen, weitere Rettungskräfte einzusetzen. Dadurch wird verletzten oder betroffenen Personen schnell geholfen. Ehrenamt im BRK

⁵⁷ Vgl. Deutscher Bundestag, Weniger junge Leute wollen zur Feuerwehr.

⁵⁸ Vgl. Feuerwehr Stiepel, Freiwillige Feuerwehr – Wozu?.

geht über diesen Bereich hinaus. Die Helfer sichern auch Groß- und Sportveranstaltungen durch Sanitätsdienste.⁵⁹

Im Gegensatz zur Freiwilligen Feuerwehr gibt es für das BRK keine Möglichkeit, Menschen zu verpflichten, Mitglied zu werden oder im Katastrophenfall auszurücken.

In Bayern gibt es daher das „Team Bayern“, initiiert durch den Radiosender Bayern 3 und das Rote Kreuz.⁶⁰ Hier können sich Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, registrieren und Teil des Katastrophenschutzes in Bayern werden. Einsätze werden per SMS mitgeteilt und wenn eine Person Zeit hat, kann sie dort mithelfen. Damit geht der Ehrenamtliche keine Verbindlichkeiten ein. Dies wird vor allem durch die Möglichkeit des Austritts deutlich. Falls eine Person nicht mehr am „Team Bayern“ teilnehmen will, kann sie ihrer Registrierung widersprechen und tritt somit aus der Initiative aus.⁶¹

An diesen Beispielen ist ersichtlich, dass in der Feuerwehr Personen verpflichtet werden können, um dort mitzuwirken. Hier steht das Interesse der Sicherheit der Allgemeinheit über dem des Einzelnen. Am Beispiel des BRK wird gezeigt, dass auch durch Werbung und kurzfristiges Interesse am Katastrophenschutz versucht wird, Nachwuchsprobleme auszugleichen. All diese Personenkreise nehmen im Rahmen des BRK freiwillig und unentgeltlich an diesen Einsätzen teil.

Fraglich ist im Hinblick auf die Unentgeltlichkeit, ob diese weiterhin bei stagnierendem Nachwuchs gerechtfertigt ist. Wenn Personen verpflichtet werden oder ein Anreiz geschaffen werden soll, ist eventuell auch eine Bezahlung oder Absicherung in der Rentenversicherung in Betracht zu ziehen.

4.4 Psychische Belastung der Ehrenamtlichen

Es existieren außerdem Helfer, die in der Flüchtlingskrise zu viele Aufgaben übernommen haben. Manche Helfer können familiäre,

⁵⁹ Vgl. BRK Kreisverband Haßberge, Gesellschaft ohne Ehrenamt unvorstellbar.

⁶⁰ Vgl. Team Bayern, Teilnahmebedingungen.

⁶¹ Vgl. Team Bayern, Teilnahmebedingungen.

berufliche und ehrenamtliche Aufgaben nicht mehr koordinieren. Andere sind erschöpft oder leiden unter der starken psychischen Belastung durch ihre Einsätze, z.B. in Flüchtlingsunterkünften. Vor allem junge Menschen sind sich der seelischen Belastung nicht bewusst und erleiden Zusammenbrüche durch das Erlebte. Wenn es der jeweiligen Organisation möglich ist, wird psychische Betreuung für Helfer in Form von Supervision angeboten. Martina Schröder, eine Begründerin des Bündnisses „Willkommen in Wilmersdorf“, sieht in diesem Punkt den Staat in der Verantwortung. Ihrer Meinung nach muss das Ehrenamt speziell in der Flüchtlingshilfe mehr als Lob erfahren. Sie fordert eine Betreuungsstelle für die Ehrenamtlichen, die durch ihr Engagement selbst therapeutische Hilfe benötigen.⁶²

Ebenfalls sind ständige Rückschläge im Ehrenamt ein Problem für die bürgerschaftlich Engagierten, wenn z.B. keine Erfolge bedingt durch die Sucht der Abhängigen entstehen. Hier besteht die Gefahr, dass es im Ehrenamt zu einem Burn-Out kommen kann.⁶³

Dabei muss beachtet werden, dass notwendige psychische Betreuung auch einen Kostenfaktor für den Staat darstellt. Dies gilt auch für krankheitsbedingte Ansprüche innerhalb der Rentenversicherung.

Im Jahr 2015 waren 172.921 Versicherte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit verrentet, davon 74.234 Versicherte wegen psychischen Störungen.⁶⁴ Dies sind 42,9% aller Erwerbsminderungsrenten in Deutschland.⁶⁵

Bei den bewilligten medizinischen Rehabilitationen ist der Anteil an psychischen Diagnosen wesentlich geringer. Im Jahr 2015 schlossen 16,8% der Männer eine solche Leistung ambulant und 19,1% stationär aufgrund psychischer Störungen ab. Bei Frauen lag dieser Anteil bei 20,7% ambulanten Leistungen und 22,6% stationärer Leistungen aller medizinischen Rehabilitationen wegen psychischer Störungen.⁶⁶

⁶² Vgl. Weitzel, Ehrenamt, Wenn Flüchtlingshelfer plötzlich selbst Hilfe brauchen.

⁶³ Vgl. Attrodt, Wenn das Ehrenamt zur Last wird, S.26.

⁶⁴ Vgl DRV Bund, RV in Zeitreihen, S.104f.

⁶⁵ Vgl DRV Bund, RV in Zeitreihen, S.111.

⁶⁶ Vgl DRV Bund, RV in Zeitreihen, S.226ff.

Damit werden anteilmäßig die meisten Erwerbsminderungsrenten wegen psychischer Krankheiten gezahlt. Bei den Rehabilitationsleistungen sind psychische Störungen nur ein Teilaspekt. Allerdings hat dieser in den letzten 20 Jahren in prozentualen und absoluten Zahlen zugenommen.⁶⁷ Somit ist fraglich, ob sich die Rentenversicherung dieser Problematik weiter verschließen kann. Wenn Krankheiten durch ein Ehrenamt entstehen können, wäre eine Solidarzeit durch die Ansprüche in der Rentenversicherung entstehen durchaus gerechtfertigt.

5 Enquete-Kommission

Durch den Bericht der Enquete-Kommission entschied sich der Bundestag 2002 gegen eine Anrechnung von rentenrechtlichen Zeiten für das bürgerschaftliche Engagement aus fünf unterschiedlichen Gründen. Es wurde behauptet, dass das Ehrenamt durch die Schaffung einer Solidarzeit in die Nähe der Erwerbsarbeit rücke, eine Definition von Ehrenamt dem weitgefassten Begriff von diesem widerspreche und der mit Solidarzeiten verbundene Aufwand sich negativ auf die Haupttätigkeit im Ehrenamt auswirke. Zusätzlich sei die Finanzierung von Solidarzeiten eine hohe finanzielle Belastung mit geringem Ertrag für den Einzelnen und diese Zeiten seien eine Form der Schließung von rentenrechtlichen Lücken von Frauen, die anders behoben werden sollten. Diese Argumente werden im Folgenden auf Begründung und Aktualität überprüft.

5.1 Erwerbsarbeit und Ehrenamt

Das Anerkennen von Rentenpunkten führe nach Aussage der Enquete-Kommission dazu, dass das Ehrenamt zeitlich versetzt „entlohnt“ würde. Dies rücke in die Nähe der Erwerbsarbeit.⁶⁸

Grundsätzlich ist diese Auffassung zu bestätigen. Durch das System der Berechnung der Entgeltpunkte wird dem erwirtschafteten Arbeitsentgelt des jeweiligen Kalenderjahres ein Wert in der Rentenversicherung gem. §70 (1) SGB VI gutgeschrieben. Wenn Ehrenamtliche Entgeltpunkte,

⁶⁷ Vgl. DRV Bund, RV in Zeitreihen, S.226ff.

⁶⁸ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

unabhängig von der Höhe dieses Wertes, erhalten, werden diese in der Rentenversicherung berücksichtigt. Dadurch entsteht eine Art der Entlohnung.

Diese Argumentation ist mit der Versicherungspflicht gem. §3 SGB VI infrage zu stellen.

Gem. §3 S.1 Nr.1 SGB VI i.V.m. §56 SGB VI entsteht für Kindererziehungszeiten eine BZ. Sie erhalten gem. §70 (2) SGB VI für jeden Kalendermonat 0,0833 EP. Die Erziehung von Kindern wird nach der Argumentation der Enquete-Kommission in die Nähe der Erwerbsarbeit gerückt.

Gem. §3 S.1 Nr.1a SGB VI wird eine Person in der Rentenversicherung versicherungspflichtig, wenn sie einen oder mehrere Pflegebedürftige mit mindestens Pflegegrad 2 wenigstens zehn Stunden wöchentlich pflegt. Die Pflege muss auf mindestens zwei Tage in der Woche verteilt sein. Es darf in der häuslichen Umgebung des Pflegebedürftigen nicht erwerbsmäßig gepflegt werden. Der Pflegebedürftige muss Anspruch auf Leistung der sozialen Pflegeversicherung oder einer privaten Pflege-Pflichtversicherung haben. Gem. §3 S.3 SGB VI darf die nicht erwerbsmäßige Pflegeperson nicht regelmäßig mehr als 30 Stunden wöchentlich beschäftigt oder selbstständig tätig sein, sonst liegt keine Versicherungspflicht nach §3 S.1 Nr.1a SGB VI vor.

Seit dem 01.04.1995 unterliegt diese Form der Pflege einer Person der Versicherungspflicht. Seit dem 01.01.2013 unterliegt auch die Pflege mehrerer Personen der Versicherungspflicht, wenn nur durch die Addition der Stunden, die 14 Stunden⁶⁹ wöchentlich erreicht werden (Additionspflege).⁷⁰

Der Beitrag an die Rentenversicherung berechnet sich gem. §166 (1) SGB VI. Hier ist der Pflegegrad und die Art der Leistung von §§36 bis 38 SGB

⁶⁹ Durch das zweite Pflegestärkungsgesetz änderten sich zum 01.01.2017 die drei Pflegestufen in fünf Pflegegrade. Mit ihnen wurde die Mindeststundenanzahl für eine Versicherungspflicht nach §3 S.1 Nr.1a SGB VI von 14 Stunden auf 10 Stunden herabgesenkt. Die Additionspflege ist somit analog anzuwenden.

⁷⁰ Vgl. DRV Bund, Sechstes Buch Gesetzliche Rentenversicherung, S.75.

XI entscheidend. Diese beiden Werte ergeben die beitragspflichtige Einnahme des nicht erwerbsmäßig Pflegenden.

Die Beiträge werden gem. §170 (1) Nr.6 SGB VI getragen. Die jeweils zuständige soziale Pflegekasse oder ein privates Versicherungsunternehmen zahlt die Beiträge an die Rentenversicherung gem. §170 (1) Nr.6a, b SGB VI. Es ist auch eine anteilige Beitragstragung von der Festsetzungsstelle oder vom Dienstherren und der Pflegekasse oder einem privaten Versicherungsunternehmen zusammen gem. §170 (1) Nr.6c SGB VI möglich.

Das Ehrenamt ist in seinem Kern freiwillig, weisungsunabhängig und unentgeltlich.⁷¹ Die nicht erwerbsmäßige Pflege ist unentgeltlich. Sie findet freiwillig und ohne Weisung statt. Sie kann daher als Ehrenamt verstanden werden.

An den Daten lässt sich erkennen, dass schon 1995 der Bedarf gesehen wurde, das Ehrenamt der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen. Im Jahre 2002 wird die Problematik des Näherrückens des Ehrenamts und der Erwerbsarbeit als Gegenargument der Solidarzeiten aufgeworfen. Die Finanzierung der Beiträge für die Pflege Tätigkeit in der Rentenversicherung ist geklärt. In diesem Fall stellt das Zusammenrücken der ehrenamtlichen Tätigkeit der Pflege an die Erwerbsarbeit kein Problem dar.

5.2 Folgen einer gesetzlichen Definition

In §3 S.1 Nr.1a SGB VI ist die ehrenamtliche Tätigkeit der Pflege klar definiert. Es müsste für eine Solidarzeit eine klare sozialrechtliche Voraussetzung für die Versicherungspflicht festgelegt werden. Dabei muss eine Abgrenzung von Nicht-Erwerbsarbeit, z.B. Familienarbeit, und Ehrenamt getroffen werden. Es muss auch geregelt werden, welche Formen des Ehrenamts mit welchem zeitlichen Aufwand in der Rentenversicherung geltend gemacht werden können.⁷²

⁷¹ Vgl. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit, Rn.2.

⁷² Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

Die Befürchtung der Kommission ist, dass zu einer Ausgrenzung durch die Definition von Ehrenamt kommt, da manche Ehrenämter nicht mit einbezogen werden, und sie somit der weitgefassten Definition von Ehrenamt widerspreche.⁷³

Es könnte zusätzlich zu Begründungsschwierigkeiten bei berufsähnlichen Ehrenämtern gegenüber geringfügigen Beschäftigungen und Pflegetätigkeiten kommen. Die Abgrenzung stellt ein Problem dar, weil mit einer Ausweitung der Tätigkeit um wenige Stunden eine rentenrechtliche Zeit entsteht. Dies könnte zu Fehlanreizen führen.⁷⁴

Dementgegen steht das bereits definierte Ehrenamt der Pflege. Berufstätige und ehrenamtlich Pflegende, die mehr als 30 Stunden erwerbstätig sind, sind gem. §3 S.3 SGB VI von einer Pflichtbeitragszeit nach §3 S.1 Nr.1a SGB VI ausgeschlossen. Auch hier findet eine Ausgrenzung von manchen Pflegetätigen statt. Aus der gesetzlichen Definition der nicht erwerbsmäßigen Pflege ergibt sich im Umkehrschluss, eine Ausgrenzung aller Pflegenden eines Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1.

5.3 Bürokratischer Mehraufwand für die Träger

Um Zeiten in der Rentenversicherung anerkennen zu können, müssten von den Vereinen und Verbänden Nachweise über das Engagement im Ehrenamt geführt werden. Dies stellt aus Sicht der Kommission einen bürokratischen Mehraufwand dar.⁷⁵

Laut Lea Vieweg vom DRK Ulm ist es möglich in kleineren Ehrenamtsstrukturen von 30 bis 40 Engagierten einen Nachweis über die Tätigkeiten eines Ehrenamtlichen zu führen. Hier herrscht ein Überblick, welche Person wie viele Stunden in der Woche tätig ist. Problematisch wird ein Verzeichnis der Tätigkeiten in größeren Ehrenamtsstrukturen von etwa 450 Engagierten. Hier finden keine Nachweise oder

⁷³ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

⁷⁴ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.216.

⁷⁵ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

Tätigkeitskontrollen statt. Es ist ein Handeln auf Vertrauensbasis notwendig.⁷⁶

Mit dem GemEntBG strebte die Bundesregierung Bürokratieabbau und Verfahrenserleichterungen an, da dieses als kurzfristige Vereinfachung der Aufgabenwahrnehmung des Ehrenamts bewertet wurde. Dadurch sollten sich die Ehrenamtlichen mehr ihrer Haupttätigkeit widmen können. Das GemEntBG strebt einer Erleichterung des Ehrenamts entgegen, da bürokratische Abläufe vereinfacht und die gesetzlichen Voraussetzungen flexibler gestaltet werden.⁷⁷

Allerdings hat sich in anderen Bereichen der Bürokratieaufwand deutlich erhöht, als am 01.01.2012 mit dem Bundeskinderschutzgesetz der §72a SGB VIII neu gefasst wurde. Zum präventiven Schutz von Minderjährigen ist Einsicht in das erweiterte Führungszeugnis zu nehmen.⁷⁸

Mit dem §72a (3) S.1 SGB VIII sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, sicherzustellen, dass keine neben- oder ehrenamtliche tätige Person, die wegen einer in §72a (1) S.1 SGB VIII aufgezählten Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder und Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht, ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat.

Der DBJR (Deutsche Bundesjugendring) empfindet diese Regelung als belastend für das Ehrenamt. Es baut zusätzliche bürokratische Strukturen auf. Für die Vereinbarungspartner ist die Umsetzung des §72a SGB VIII mit sehr hohem Aufwand verbunden. Zusätzlich sei es den öffentlichen Trägern nicht möglich, alle möglicherweise betroffenen freien Träger der Jugendhilfe im Zuständigkeitsbereich festzustellen.⁷⁹

Das Beispiel der Neufassung des §72a SGB VIII zeigt, dass eine Kontrolle aller ehrenamtlich Tätigen nur mit erheblichem bürokratischem Mehraufwand umzusetzen und als belastend zu interpretieren ist. Zudem ist die Effektivität des §72a SGB VIII in Frage zu stellen.

⁷⁶ Vgl. Anlage 23 Interview mit Lea Vieweg vom DRK Ulm.

⁷⁷ Vgl. BT-Drucksache 17/11316 vom 06.11.2012, S.1,8.

⁷⁸ Vgl. Landkreis Mühldorf am Inn, Leitfaden §72a SGB VIII, S.1.

⁷⁹ Vgl. DBJR, Position 97, S.2.

Der DBJR bewertete bereits 2006 das Überprüfen des Führungszeugnisses für nicht geeignet. Führungszeugnisse bieten keine umfängliche Antwort, ob jemand aufgrund einer aufgelisteten Straftat aus §72a (1) S.1 SGB VIII verurteilt worden ist. Bei jüngeren Ehrenamtlichen kann beispielsweise eine Straftat nur im Erziehungsregister und nicht im Führungszeugnis aufgeführt sein. Ebenso werden laufende Prozesse nicht aufgelistet.⁸⁰ Die Effektivität dieses bürokratischen Mehraufwandes ist ungeklärt, aber es findet eine Belastung aller ehrenamtlichen Träger statt, die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen.

Damit ist die Auffassung der Kommission zu bestätigen, dass ein Wachstum an Verwaltungsaufwand sich negativ auf das Ehrenamt auswirkt, da hierbei der Zweck der Organisation in den Hintergrund rückt. Dies erkannte die Bundesregierung auch an und führte aus diesem Grund das GemEntBG ein.

Demgegenüber zeigt es auch, dass es durchaus möglich ist mit gesetzlichen Regelungen Angelegenheiten, die ein Mindestmaß an Bürokratie verlangen, durchzusetzen. Im Falle des §72a SGB VIII ist die Prävention sexueller Gewalt an Minderjährigen über der Problematik des bürokratischen Mehraufwandes zu verstehen. Diese Auffassung könnte auch auf die soziale Absicherung durch Solidarzeiten der ehrenamtlich Tätigen übertragen werden.

5.4 Folgen und Finanzierung der Solidarzeiten

Solidarzeiten könnten auf unterschiedliche Weise geschaffen werden. Es könnte eine Zeit ähnlich der KEZ (Kindererziehungszeit) entstehen. Die KEZ ist eine vollständige Gegenleistung zur Erwerbsarbeit von staatlicher Seite. Hier ist ebenfalls eine Beschränkung der Dauer des Anspruchserwerbs denkbar, z.B. auf fünf, zehn oder zwanzig Jahre. In diesem Beispiel würde etwa ein EP pro Jahr erworben. Andere Möglichkeiten wären einen bestimmten oder alle Bereiche des Ehrenamts, die staatlich gefördert werden sollen, zu definieren. Hier wäre es denkbar

⁸⁰ Vgl. DBJR, Position 46, S.1f.

0,1 oder 0,2 EP zu erwerben. Die Berechnung wäre ähnlich der Pflegezeit.⁸¹

Auch wenn noch unklar ist, wie genau die Beiträge finanziert werden sollen, ist je nach Modell mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen. Dieser trüge entweder die Solidargemeinschaft der Beitragszahler oder die der Steuerzahler. Die ehrenamtlich Tätigen hätten im Gegensatz dazu minimale Erträge in der Rentenhöhe.⁸²

Darüber hinaus hat die Schaffung von rentenrechtlichen Zeiten für die gesetzliche Rentenversicherung die Konsequenz, dass Ansprüche auf Leistungen entstehen. Es müssen für diese Fälle Regelungen getroffen werden. Ebenfalls wäre zu entscheiden, wie mit Personen vorgegangen werden soll, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind.⁸³

Solange nicht klar ist, welche Art von rentenrechtlicher Zeit entstehen soll, ist die Auswirkung nicht bestimmbar.

Zudem ist festzustellen, dass die Schaffung einer Solidarzeit zu finanziellen Vorteilen für die Ehrenamtlichen in der Rentenversicherung führen soll. Somit könnte die Argumentation der Enquete-Kommission, das Solidarzeiten hohe Kostenaufwendungen und minimale Erträge beinhalten, als befangen angesehen werden. Rentenrechtliche Vergünstigungen bzw. Leistungsansprüche werden vermutlich nicht frei von Kosten sein.

Der ökonomische Anreizeffekt ist fraglich bei monatlichen Rentensteigerungen von 2,60€ oder 5,20€. Allerdings wurde bei der geringfügigen Beschäftigung ähnlich argumentiert. Daher ist möglich, dass die Betroffenen selbst dem Aufstocken von Beiträgen und dem Erwerb von Rentenansprüchen eher weniger skeptisch gegenüberstehen.⁸⁴

⁸¹ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.212f.

⁸² Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322.

⁸³ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.322f.

⁸⁴ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.225.

5.5 Solidarzeit als „Lückenbüßer“ für gesamtgesellschaftliche Probleme?

Die Solidarzeiten könnte bestehende Lücken im Versicherungsleben, v.a. bei engagierten Frauen, schließen. Die Kommission bewertete in diesem Zusammenhang das bürgerschaftliche Engagement für ungeeignet. Es würde dazu herangezogen werden, um gesamtgesellschaftliche Probleme wie die Absicherung von Frauen zu lösen.⁸⁵

Rentenversorgung von Frauen könnte besser gelöst werden. Ein teilweises oder vollständiges Zurückziehen aus dem Arbeitsmarkt könnte direkter vermieden werden. Bei Frauen und anderen schlecht versorgten Personengruppen sollten Problemfelder unmittelbar behoben werden. So wird der Umweg bei der Problemlösung über die Rentenversicherung nicht notwendig.⁸⁶

Männer und Frauen engagieren sich in allen ehrenamtlichen Bereichen etwa gleichmäßig.⁸⁷ Frauen sind in den Bereichen Schule und Kindergarten, dem kirchlichen oder religiösen Bereich, dem sozialen Bereich und dem Gesundheitsbereich überdurchschnittlich ehrenamtlich aktiv.⁸⁸ Wenn diese Bereiche explizit mit Solidarzeiten belohnt werden würden, dann könnte von einer Frauenförderung gesprochen werden.

Jedoch ist unklar, wie viele ehrenamtliche Frauen als Hausfrau tätig sind und ob somit die Solidarzeit ihre einzige rentenrechtliche Absicherung wäre.

Das ehrenamtliche Engagement von Frauen ist vermindert, wenn ihr jüngstes Kind noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet hat.⁸⁹ Allerdings liegt in diesem Zeitraum die KEZ gem. §56 (1) SGB VI vor. Somit könnte in diesem Zeitraum nicht von einem Vorteil durch Ehrenamt in der

⁸⁵ Vgl. BT-Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.323.

⁸⁶ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.224.

⁸⁷ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.105.

⁸⁸ Vgl. Vogel/Hagen/Simonson, Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, S.111.

⁸⁹ Vgl. Hollstein, Ehrenamt verstehen, S.45.

Rentenversicherung gesprochen werden, da bereits eine Absicherung über die KEZ vorliegt.

Hier ist wieder die Funktion der rentenrechtlichen Zeit zu erörtern und die Bereiche, in denen diese entstehen soll. Die Solidarzeit könnte Ehrenamt geldwert belohnen oder Versicherte mit vielen rentenrechtlichen Lücken besser absichern. Erst wenn dieser Umstand geklärt ist, kann wirklich von einem „Lückenbüßer“ für Frauen gesprochen werden.

6 Geldwerte Anreize im Ehrenamt und ihre Wirkung

Solidarzeiten sind im Ehrenamt dadurch zu rechtfertigen, dass aus individueller Sicht alle Leistungen eine Gegenleistung fordern. Durch die Solidarzeit würde Ehrenamt von der Gesellschaft als eine Leistung wahrgenommen werden. Zudem ist zu beachten, dass den Bürgern durch das Ehrenamt ein Nutzen entsteht. Steuerlich sind die Ehrenamtlichen bereits bessergestellt.⁹⁰

Fraglich ist, ob eine Besserstellung in der Rentenversicherung zu einem erhöhten Engagement führen würde. Dies wird in den folgenden Punkten erläutert.

In diesem Kapitel wird auf die unterschiedlichen Arten der Motivation eingegangen, insbesondere Geld als extrinsischer Motivator wird erläutert und Beispiele in Verbindung mit Ehrenamt gegeben. Im Anschluss wird das Risiko der negativen Selektion im Ehrenamt durch geldwerte Motivation dargestellt. Danach werden Entgeltpunkte als Belohnung und die motivierende Wirkung dieser beleuchtet.

6.1 Motivation

Motivation kann extrinsisch oder intrinsisch entstehen.

Bei der extrinsischen Motivation steht der Wunsch nach geldwerter Entlohnung und Sicherheit im Vordergrund. Dies kann durch soziale oder materielle Anreize, z.B. den Lohn oder eine Rente befriedigt werden. Soziale Anreize können die Chance auf Interaktionen inner- oder außerhalb des Arbeitsplatzes sein, z.B. durch Ausflüge. Bei Mitarbeitern

⁹⁰ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.236.

einer Firma steht hier nicht die Arbeit im Vordergrund, sondern der Verdienst. Die extrinsische Motivation stellt keine gute Basis für langandauernde Arbeitsmotivation dar.⁹¹

Motivation ist intrinsisch, wenn aus der Aufgabe selbst Befriedigung und Freude gezogen wird. Dies kann durch Interaktion, Arbeitsleistung, führende Position im Betrieb und damit verbundenem Einfluss oder Selbstverwirklichung entstehen. Anreize für diese Art der Motivation können durch Arbeitsinhalte geschaffen werden. Beispielsweise können Aufstiege, eigenständiges Arbeiten und Lob bzw. Kritik über die Leistung zu dieser Form der Motivation führen. Die intrinsische Motivation ist eine langanhaltende Arbeitsmotivation.⁹²

Ratsam ist es bei der Erwerbsarbeit dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer entsprechend ihrer Arbeit entlohnt werden und ihnen gleichzeitig die Arbeit an sich Freude bereitet. Wenn intrinsische und extrinsische Motivatoren aufeinandertreffen, bestehen allerdings auch Risiken. Die intrinsische Motivation kann durch die extrinsische verdrängt werden.⁹³

Die Motivation für das Ehrenamt kann auch altruistisch und egoistisch entstehen. Altruistisches Handeln zeichnet sich dadurch aus, dass zum Vorteil anderer gehandelt wird. Bei egoistischem Verhalten wird dagegen zum eigenen Vorteil gehandelt.⁹⁴

Egoistische Motivation kann intrinsisch wie extrinsisch sein. Sie ist intrinsisch, wenn z.B. eine Person im Kirchenchor als Sänger tätig ist, weil dieser Person das Singen Freude bereitet. Diese Person kann auch extrinsisch motiviert sein, wenn das Ehrenamt z.B. aus Geselligkeit oder Prestige aufgenommen wird.⁹⁵

Entgeltunkte durch ehrenamtliches Engagement sind ein egoistischer Motivator, da hier rein aus eigenem Vorteil gehandelt wird. Rente ist ein

⁹¹ Vgl. Comelli/Rosenstiel/Nerdinger, Führung durch Motivation, S.10f.

⁹² Vgl. Comelli/Rosenstiel/Nerdinger, Führung durch Motivation, S.10f.

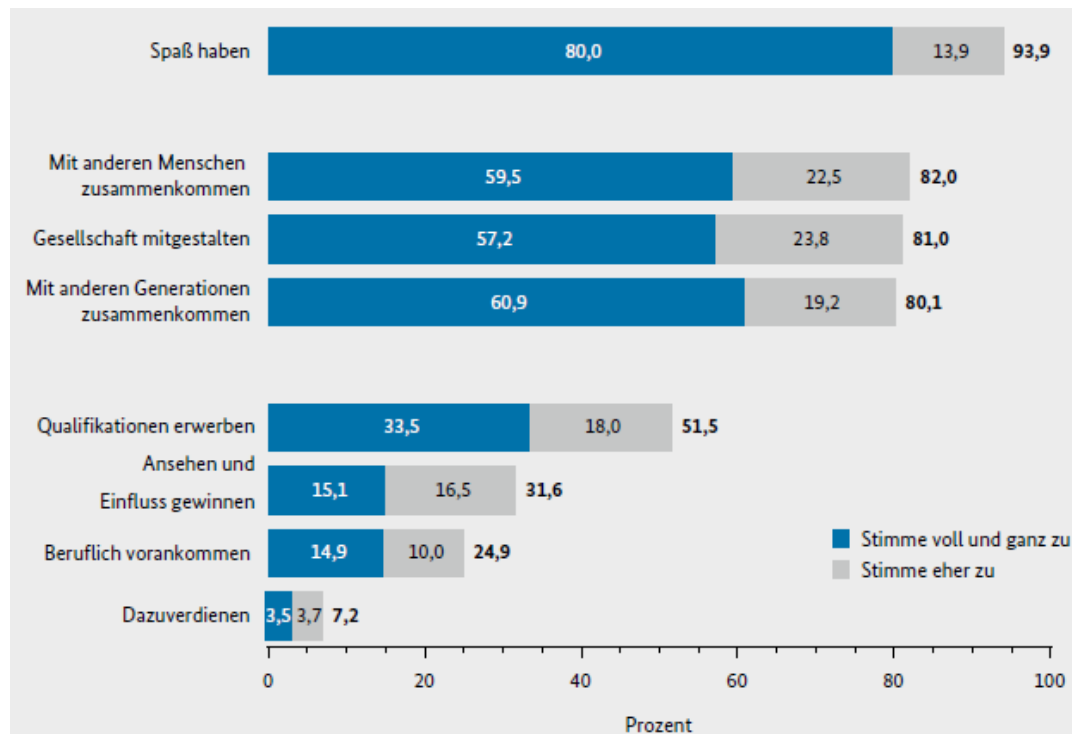
⁹³ Vgl. Comelli/Rosenstiel/Nerdinger, Führung durch Motivation, S.11.

⁹⁴ Vgl. Müller/Hameister/Lux, Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement, S.409.

⁹⁵ Vgl. Ridder/von Eckardstein, Personalmanagement als Gestaltungsaufgabe im Nonprofit und Public Management, S.169.

extrinsischer, egoistischer Motivator, der im folgenden Text als extrinsischer Motivator bezeichnet wird.

Abbildung 3: Motivation im Ehrenamt



Quelle: Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, S.38.

Die Gründe, sich zu engagieren, sind sehr vielseitig, wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist. Hauptsächlich engagieren sich Personen, weil sie Freude an ihrer Tätigkeit (93,9%) haben. 82% wollen bei ihrem Ehrenamt in Kontakt mit anderen Personen kommen. 81% wollen die Gesellschaft verändern und 80,1% mit älteren oder jüngeren Personen zusammenkommen. 51,5% erhoffen sich, durch das Ehrenamt Fähigkeiten zu erhalten, die im Leben von Bedeutung sind. Lediglich 31,5% wollen Macht gewinnen und 25% wollen beruflich einen Aufstieg erzielen. Nur 7,2% möchten sich durch ihr Ehrenamt etwas dazuverdienen.⁹⁶

⁹⁶ Vgl. Müller/Hameister/Lux, Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement, S.418f.

Aus diesen Gründen für die ehrenamtliche Tätigkeit lässt sich die Art der Motivation bestimmen. Ein intrinsischer Motivator ist die Freude an der Tätigkeit. Dieser kann auch der Kontakt mit anderen Personen bzw. Bevölkerungsgruppen und das Gewinnen von Einfluss verstanden werden. Der finanzielle Anreiz ist ein extrinsischer Motivator.

Der Freiwilligensurvey nimmt die Relevanz des finanziellen Aspektes für einen kleinen Anteil der Engagierten wahr. Es wird betont, dass die Gesamtheit aller Motivatoren zu betrachten ist. Der Spaß am Ehrenamt wird mit dem positiven Nebeneffekt eines Verdienstes in Verbindung gebracht.⁹⁷

Somit ist die intrinsische Motivation als wichtiger für die Ausübung von Ehrenamt zu bewerten. Die extrinsische Motivation spielt momentan eine untergeordnete Rolle, da Ehrenamt keine finanzielle Vergütung erfährt, außer den Aufwandsentschädigungen.

6.2 Geld als extrinsischer Motivator

Trotzdem bleibt zu beachten, dass für die Ausübung von Ehrenamt intrinsische Motivation nicht immer allein ausreichend ist. Es wird zusätzlich ein Anreiz von außen benötigt, um sich zu engagieren.⁹⁸

Dieser Anreiz könnte geldwert sein. Ob geldwerte Anreize tatsächlich einen Anstoß zu ehrenamtlichen Engagement darstellen, wird in den folgenden Punkten untersucht.

Teilweise wird in diesem Zusammenhang von der Monetarisierung des Ehrenamts gesprochen. Monetarisierung bedeutet, dass einem Ehrenamtlichen in Ausübung seiner Tätigkeit Geld gezahlt wird. Diese Zahlungen können direkt oder indirekt erfolgen. Gleichzeitig kann es auch einen Ablauf beschreiben. Dies ist das Wachstum des Bereiches zwischen dem rein unentgeltlichen, freiwilligen Ehrenamt und der Erwerbsarbeit. Der Ablauf der Monetarisierung weist darauf hin, dass es sich bei entlohntem

⁹⁷ Vgl. Müller/Hameister/Lux, Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement, S.419.

⁹⁸ Vgl. Ridder/von Eckardstein, Personalmanagement als Gestaltungsaufgabe im Nonprofit und Public Management, S.169.

Ehrenamt streng betrachtet nicht um ein Ehrenamt handelt.⁹⁹ Dies ist damit zu begründen, dass eines der Merkmale eines Ehrenamts seine Unentgeltlichkeit ist. Durch eine Entlohnung, unabhängig davon wie niedrig sie ist, liegt streng betrachtet diese Voraussetzung nicht mehr vor. Aus einer ökonomischen Sichtweise führen Geldzahlungen dazu, dass das ehrenamtliche Engagement ansteigt. Dies ist damit zu begründen, dass Geld grundsätzlich ein wünschenswertes Ziel ist. Diese Ansicht konzentriert sich nur auf die extrinsische Motivation.¹⁰⁰

Wie sich ein geldwerter Anreiz auf die extrinsische wie intrinsische Motivation auswirkt, wird im Folgenden beschrieben.

Zunächst ist zu beachten, dass die pauschale Förderung des Ehrenamts durch den Staat sich eventuell negativ auf das Ehrenamt auswirkt. Kontraproduktive Effekte und das falsche Einsetzen knapper staatlicher Ressourcen wären die Folge.¹⁰¹

6.2.1 Beispiel der geldwerten Blutspende

Ein negatives Beispiel der entgeltlichen Motivation ist das des britischen Sozialpolitikers Titmuss, der Blutspender für ihre Spende bezahlte. Dies führte dazu, dass die Qualität des gespendeten Blutes abnahm. Er folgerte daraus, dass der ökonomische Anreiz den moralischen, gemeinwohlorientierten Effekt ersetzte. Durch die Bezahlung wurden finanziell schlechter gestellte Personen, z.B. Drogenabhängige, zur Blutspende bewegt. Daraus lässt sich die schlechtere Qualität des Blutes erklären. Ist einmal die Bezahlung eingeführt, vermindert sich die moralische Komponente. Damit fällt die Abschaffung der Vergütung schwer.¹⁰²

An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Vergütung negative Aspekte mit sich bringen kann. Es könnten sich Personen freiwillig engagieren, die nicht aus Freude ein Ehrenamt durchführen, sondern aufgrund der

⁹⁹ Vgl. Gordo/Vogel, Geldzahlungen, Sachzuwendungen und Kostenerstattung im freiwilligen Engagement, S.372.

¹⁰⁰ Vgl. Gordo/Vogel, Geldzahlungen, Sachzuwendungen und Kostenerstattung im freiwilligen Engagement, S.372.

¹⁰¹ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.215.

¹⁰² Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.226.

Vergütung. Dadurch könnte auch die Qualität der Freiwilligenarbeit abnehmen.

Zudem ist bei der Vergütung des Ehrenamts zu beachten, dass bei einem nachträglichen Wegfall der Vergütung nicht nur finanzielle Verluste die Folge wären, sondern auch einen Verlust der Anerkennung für das Ehrenamt darstellen würde und sich daher gravierend auf die Motivation auswirken könnte.¹⁰³

Allerdings bleibt bei diesem Beispiel fraglich, ob derselbe Effekt eintreten würde, wenn Geldzahlungen, statt direkt zu einer Person, in deren Rentenkasse fließen würde.

6.2.2 Beispiel der Entlohnung von Spendensammlungen

Das Experiment von Uri Gneezy und Aldo Rustichini mit 180 Schülern, die für ihre Leistung für ehrenamtliches Spendensammeln bezahlt werden, zeigt wie sich monetäre Anreize im Ehrenamt auswirken können. Die Schüler wurden in drei Gruppen aufgeteilt. Die erste Gruppe erhielt eine motivierende Rede. Die zweite Gruppe erhielt dieselbe Rede und das Versprechen, dass sie mit 1% der Spenden entlohnt werden. Die dritte Gruppe erhielt ebenfalls diese Rede und das Versprechen mit 10% der gesammelten Spenden entlohnt zu werden. Dabei wurde den Gruppen gesagt, dass die Entlohnung nicht durch die Spenden finanziert wird, sondern durch die Veranstalter. Das Ergebnis war, dass die erste Gruppe am meisten Spenden sammelte, die zweite Gruppe am wenigsten und die dritte Gruppe weniger als die erste, aber mehr als die zweite Gruppe.¹⁰⁴

An diesem Versuch zeigt sich, dass Entlohnungen, vor allem geldwerte, einen negativen Effekt auf die intrinsische Motivation haben. Dies wurde nur bei Personen beobachtet, die nach Leistung bezahlt werden. Personen, die unabhängig von ihrer Leistung bezahlt werden, betrifft dieser Effekt nicht. Ihre intrinsische Motivation wird nicht abgesenkt.¹⁰⁵

¹⁰³ Vgl. Geiger-Wahl, Geld bedroht Kern des Ehrenamts, S.104.

¹⁰⁴ Vgl. Gneezy/Rustichini, Pay Enough or Don't Pay at All, S.798ff.

¹⁰⁵ Vgl. Gneezy/Rustichini, Pay Enough or Don't Pay at All, S.793.

Außerdem bleibt zu beachten, dass die generelle Motivation, ein Ehrenamt auszuüben, intrinsisch ist. Der Ehrenamtliche ist in seiner Tätigkeit und in seinem Antrieb sehr individuell. Diese Art der Motivation ist nicht steuerbar von monetären Anreizen wie Renten. Die Monetarisierung rückt die Motive für die Aufnahme des Ehrenamts in den Hintergrund. Geldwerte Anreize könnten sich negativ auf die ethischen Gründe des Engagierten auswirken.¹⁰⁶

Damit bleibt das Risiko, dass bei einer Entlohnung des Ehrenamts, auch einer zeitlich versetzten Entlohnung in Form von Rentenerhöhungen, die Motivation und das Engagement des Einzelnen sinken.

6.3 Negative Selektion im Ehrenamt

Geld wird immer wieder als Motivator für Mitarbeiter von Unternehmen angegeben. Allerdings belegen Studien das Gegenteil. Immer mehr steht die Freude und Herausforderung durch die Arbeit im Mittelpunkt. Monetäre Anreize haben einen kurzweiligen leistungssteigernden Effekt auf die Mitarbeiter. In diesem Jahrhundert sind die materiellen Wünsche des Einzelnen zum größten Teil befriedigt. Daher bewegt Geld die Menschen nicht so sehr wie etwa in den 1970ern. In dieser Zeit waren Bedürfnisse eher materiell und die Menschen legten mehr Wert auf finanzielle Anreize. Im 21. Jahrhundert hingegen sind wenige ausschließlich für Geld tätig.¹⁰⁷

Hier wird wieder bewusst, dass Freude am Beruf im Vordergrund steht. Dies ist ein intrinsischer Motivator, der von extrinsischen Motivatoren verdrängt werden könnte. Zudem könnte die Schaffung eines Entgeltpunktes für das Ehrenamt den aktuellen Bedürfnissen der Bürger entgegenwirken. Wie im vorherigen Absatz beschrieben, besteht ein Interesse an der Freude am Beruf. Dieses hat einen so großen Stellenwert erreicht, dass Geld allein nicht ausreichend ist, um Menschen für eine Tätigkeit zu motivieren.

Ehrenamtliche Träger belegen, dass Geld nicht immer ausschlaggebend für Motivation sein muss. Beim Roten Kreuz, in Sportverbänden und in

¹⁰⁶ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.238.

¹⁰⁷ Vgl. Sprenger, Mythos Motivation, S.98f.

anderen Organisationen arbeiten Personen ohne Verdienst oder nur für Aufwandsentschädigungen. Die Ergebnisse dieser Freiwilligenarbeit sind oft von guter Qualität. Ein profitables Entgelt kann zu einer sogenannten Negativauslese führen, wenn z.B. der Spaßfaktor bei der Arbeit fehlt. Gute Mitarbeiter, die einen Spaßfaktor erwarten, verlassen den Arbeitgeber. Die anderen Arbeitnehmer, die weniger motiviert sind, bleiben im Betrieb. Somit kann es zu einer, für den Unternehmer, negativen Selektion von Arbeitskräften kommen.¹⁰⁸

Im ehrenamtlichen Bereich kann bei einer Rentensteigerung von 2,60€ oder 5,20€¹⁰⁹ nicht unbedingt von einem profitablen Anreiz gesprochen werden. Allerdings kann der Effekt der negativen Selektion nicht direkt ausgeschlossen werden.

Außerdem ist zu beachten, dass Motivation allein nicht Verhalten steuern kann. Wenn ein Verhalten langfristig geändert werden soll, ist zu gleichen Anteilen die Motivation, die Eignung, das Normsystem und die Bedingungen durch das Umfeld zu beachten.¹¹⁰

6.4 Reaktion und Wirkung auf Belohnungen

An Stelle eines extrinsischen Motivators könnte ein Entgeltpunkt als Belohnung verstanden werden. Im Folgenden wird die menschliche Reaktion auf diese erläutert.

6.4.1 Direkte und indirekte Belohnungen

Direkte Belohnungen sind die direkte Reaktion auf Handlungen von anderen, wenn sie geldwerter Art können sich positiv auf die Leistung der Belohnten auswirken. Diese können z.B. Gratifikationen oder Gewinnausschüttungen sein. Dieser Effekt steht in Verbindung mit den individuellen Interessen des Einzelnen. Zusätzliche Geldzahlungen müssen von den Angestellten als Anerkennung wahrgenommen werden, um sich positiv auf ihre Leistung auswirken zu können. Hier ist zu beachten, dass die Entlohnung gemäß dem geleisteten Aufwand des

¹⁰⁸ Vgl. Sprenger, Mythos Motivation, S.99f.

¹⁰⁹ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.225.

¹¹⁰ Vgl. Comelli/Rosenstiel/Nerdinger, Führung durch Motivation, S.44.

Einzelnen erfolgen sollte und nicht an der Zielerreichung eines Kollektives.¹¹¹

Bei indirekten Belohnungen erhält der Belohnte keine direkte Reaktion auf seine Handlung. Beispielsweise wirken sich Renten weniger leistungssteigernd auf die Arbeit aus. Die Betriebsangehörigen werden durch diese Anerkennungen nicht zu höheren Leistungen bestärkt, sondern haben eine bindende Wirkung auf den Arbeitnehmer und den Betrieb. Wenn in dieser Konstellation zusätzlich direkte Belohnungen an die Betriebsangehörigen geleistet werden, steigert sich auch ihre Motivation.¹¹²

Da eine Belohnung einer ehrenamtlichen Tätigkeit über die gesetzliche Rentenversicherung eine indirekte Belohnung darstellt, könnten Leistungssteigerungen der bereits Ehrenamtlichen ausbleiben.

Allerdings ist eines der Hauptprobleme des bürgerschaftlichen Engagements nicht die Leistung der Beteiligten, sondern dass Personen sich nicht an Vereine binden wollen. Durch indirekte Belohnungen erfolgt eine Bindung an den Betrieb. Gesetzliche Rentenanwartschaften könnten somit zu einer Bindung des Einzelnen an das Ehrenamt führen. Auch dies könnte als Stärkung des Ehrenamts ausgelegt werden.

6.4.2 Steuerung von Verhalten durch Belohnung

Die meist verwendete Art Verhalten zu steuern, ist durch folgenden Satz: „Do this and you'll get that.“¹¹³ Belohnungen werden eingesetzt, um Handlungsweisen zu beeinflussen. Das Problem bei dieser Art der Steuerung ist, dass der Fokus eventuell nicht auf dem Ziel liegt, sondern auf der Erkenntlichkeit.¹¹⁴

Diese Theorie, übertragen auf das Ehrenamt als Ziel des Staates und Entgeltpunkte als Anerkennung, führt dazu, dass das Risiko besteht, dass nur die Erkenntlichkeit wahrgenommen wird. Dies zeigt, dass die

¹¹¹ Vgl. Kohnke/Bungard: Zielvereinbarungen erfolgreich umsetzen, S.58.

¹¹² Vgl. Kohnke/Bungard: Zielvereinbarungen erfolgreich umsetzen, S.58.

¹¹³ Vgl. Kohn, Punished by Rewards, S.3, „Tue etwas, um etwas Anderes (das Ziel) zu erreichen.“ (übersetzt von der Verfasserin).

¹¹⁴ Vgl. Kohn, Punished by Rewards, S.3f.

extrinsische Motivation bzw. die Anerkennung durch Entgeltpunkte das Ehrenamt in den Vordergrund rückt (vgl. 6.2).

Außerdem ist bei Belohnungssystemen im Ehrenamt durch die Rentenversicherung zu beachten, dass diese Belohnung nicht sofort, sondern erst mit Rentenbeginn erhalten wird.

Hier ist das Interesse an dieser Form der Anerkennung zu hinterfragen.

Vor allem bei jungen Menschen wird im Alter nicht die gesetzliche Rente allein den finanziellen Lebensbedarf abdecken können. Somit ist dieses Defizit in der gesetzlichen Rente durch eine private Altersvorsorge auszugleichen. Hier ist zu beobachten, dass nur 38% der Personen zwischen dem 17. und dem 27. Lebensjahr privat vorsorgen. Ca. 66% sind nicht in der Lage Altersvorsorge zu betreiben, da nicht die finanziellen Möglichkeiten bestehen.¹¹⁵

Somit bleibt fraglich, ob eine nicht ausreichende gesetzliche Rente tatsächlich als Belohnung wahrgenommen werden kann. Das Interesse an Altersvorsorge ist in der jungen Generation ist gering.

Allerdings ist unter dem Aspekt der finanziellen Möglichkeiten ein Zugewinn in der Rentenhöhe durch Ehrenamt durchaus attraktiv für Personen, die sich eine private Altersvorsorge nicht leisten können. Das Ehrenamt und seine geldwerte Entlohnung könnte in der Rentenversicherung eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Belohnungen sind besonders einfach einzusetzen, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Belohnenden und dem Belohnten besteht. Dazu sollte die zu belohnende Person die Gegenleistung benötigen. Dies wird z.B. deutlich bei hungrigen Tieren und jemanden, der sie füttert. Wenn für eine Person auch nur ein leichtes Unabhängigkeitsverhältnis besteht, ist das Verhalten trotzdem steuerbar durch Belohnungen. Allerdings ist der Prozess von Belohnung und dadurch gesteuerten Verhalten bzw. die Reaktion von Personen nicht konsequent vorhersagbar.¹¹⁶

¹¹⁵ Vgl. Breyton/Seyffarth, Die naive Planlosigkeit der deutschen Jugend.

¹¹⁶ Vgl. Kohn, Punished by Rewards, S.36.

Im Ehrenamt besteht, besonders aufgrund der Freiwilligkeit der Tätigkeit und dem unabhängigen Agieren vom Träger, kein direktes Abhängigkeitsverhältnis. Allerdings hält die gesetzliche Rente nicht ausreichend Geld für das Alter bereit. Private Vorsorge kann dies ausgleichen. Wenn die finanzielle Möglichkeit dazu nicht gegeben ist, kann durchaus eine Notwendigkeit des Ehrenamts und der Aufstockung der gesetzlichen Rente bestehen. In diesem Zusammenhang bleibt fraglich, ob Solidarzeiten als eine solche Notwendigkeit wahrgenommen wird, da nicht das direkte Bedürfnis nach Rente im Moment der Ausübung des Ehrenamts besteht.

Die Rente könnte nach 45 Jahren der Beitragszahlung durch Ehrenamt um 9 EP oder 4,5 EP erhöht werden.¹¹⁷ Dies wäre - bei einem aRw von 30,45€ (Stand: April 2017) und einem RAF von 1,0 - eine Rentensteigerung von 274,05€ oder von 137,03€ monatlich.

6.4.3 Belohnungen im Arbeitsleben und ihre Wirkung

1986 beschäftigte sich G. Douglas Jenkins Jr. mit der Reaktion auf Belohnungen in 28 verschiedenen Studien. In 16 Studien zeigt sich ein positiver Effekt in der Arbeitsleistung. Allerdings ist dieser Erfolg darauf zu begründen, dass die Anerkennungen nur für kurze Zeit erhältlich waren und auch keine Verlängerung in Aussicht stand. Die Arbeiten waren meist einfache geistige und körperliche Tätigkeiten. Zudem wurde als positiver Effekt eine Mehrproduktion gewertet. Die Qualität der Arbeit wurde nur in fünf Studien überprüft. Es zeigte sich in keiner dieser Studien ein qualitativer Anstieg der Arbeitsleistung. Edwin A. Locke fand heraus, dass es keinen Unterschied auf die Arbeitsleistung hatte, wenn eine Person nach Stückzahl oder Mitarbeit bezahlt wird.¹¹⁸

Außerdem ist der sogenannte Verdrängungseffekt zu beachten. Die Betroffenen sind an der Belohnung mehr interessiert als an der Tätigkeit. Hier findet eine Verschiebung der Interessen statt. Auf die extrinsische

¹¹⁷ Vgl. Stecker, Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, S.220.

¹¹⁸ Vgl. Kohn, Punished by Rewards, S.124f.

Motivation durch finanzielle Anerkennung kann daher nicht die intrinsische addiert werden.¹¹⁹

Wenn das Ehrenamt in diesem Zusammenhang der Erwerbstätigkeit gleichgestellt wird, ist davon auszugehen, dass die Qualität des Ehrenamts abnimmt. Dies könnte Risiken, vor allem bei den Freiwilligen Feuerwehren und ähnlichen Ehrenämtern mit Rettung o.Ä. von Menschen, bergen.

Auch bleibt der positive Effekt auf Dauer in Frage zu stellen. Kurzfristig könnten sich mehr Personen ehrenamtlich engagieren, langfristig bleibt zweifelhaft, ob dies möglich ist.

7 Exkurs: Menschen mit Behinderung und geldwerte Anreize

Nun wird auf behinderte Menschen als ehrenamtlich Tätige eingegangen. Bei geldwerten Anreizen ist von staatlicher Seite von einer Erwartungshaltung auszugehen, dass eine Steigerung der Leistung im Ehrenamt bei einer Schaffung von Entgeltpunkten vorliegen soll.

Personen, die aufgrund von Krankheit in ihrem alltäglichen Leben eingeschränkt sind, engagieren sich weniger als gesunde Menschen ohne Einschränkung im Alltag. Auf Bundesebene stehen das freiwillige Engagement und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Freiwilligen Sozialen Jahr im Vordergrund. Auf Landesebene wird versucht auf unterschiedliche Art und Weise Personen mit Behinderung in das Ehrenamt miteinzubeziehen. Hier steht vor allem eine Änderung der Rollenklischees im Vordergrund. Menschen mit Behinderung sollen als ehrenamtliche Helfer wahrgenommen werden und Organisationen ein solches Engagement ermöglichen.

In den Kommunen leben Menschen mit Behinderung. Daher sollen auf dieser Ebene Menschen mit Behinderung inkludiert werden. Es wird versucht dies durch Information über die besonderen Bedürfnisse von Alltagseingeschränkten und eine Vernetzung mit kommunalen Ehrenamtlichen zu erreichen. Besonders wichtig kann Freiwilligenarbeit

¹¹⁹ Vgl. Sprenger, Mythos Motivation, S.115.

von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Selbsthilfe sein, da sich hier Betroffene austauschen können.¹²⁰

Dabei sollte beachtet werden, dass behinderte Personen in ihrer Tätigkeit nicht überlastet werden. Der Druck, Leistung im Ehrenamt zu erbringen, soll nicht gegeben sein.¹²¹

In diesem Zusammenhang ist fraglich, ob geldwerte Anreize im Ehrenamt dem Ziel behinderte Personen in das Ehrenamt einzubinden nicht entgegenwirken. Das Ehrenamt soll eventuell durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben, werden Belohnungen nach Leistung vergeben. Auch hier ist unklar, wie sich diese bemisst. Sie kann der Stundenaufwand im Ehrenamt sein, aber auch das Abarbeiten bestimmter Tätigkeiten, z.B.: Häuser löschen in der Freiwilligen Feuerwehr. Daher bestünde im Hinblick auf behinderte Personen das Risiko, dass ein Ausschluss durch monetäre Anreize dieser Personengruppe erzielt würde.

¹²⁰ Vgl. Tesch-Römer/Simonson/Vogel, Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014: Implikationen für die Engagementpolitik, S.635f.

¹²¹ Vgl. Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Bayern e.V., Aktiv für andere – Menschen mit Behinderungen in einem Ehrenamt, S.50.

8 Fazit

Fraglich bleibt wie Ehrenamtliche entlohnt werden sollen. Dies kann nach Zeit- oder Akkordentgelt erfolgen. Beim Zeitentgelt wird für jede geleistete Stunde der Mitarbeiter mit einem fixen Betrag bezahlt. Somit entsteht kein Leistungsdruck oder Ungewissheit über die finanzielle Existenz. Anders ist dies beim Akkordentgelt. Hier wird der Mitarbeiter nach Leistung bezahlt und kann durch seine Arbeit sein Entgelt steuern. So entsteht ein ständiger Druck auf den Arbeitnehmer. Durch die fehlende Sicherheit kann so die Bezahlung die Motivation des Einzelnen senken.¹²²

Bei einem Ehrenamt kann - selbst wenn es mit Bezahlung in Verbindung steht – nicht von Unsicherheiten in der Existenz gesprochen werden. Allerdings könnte das Risiko des Leistungsdrucks weiterhin bestehen, wenn Ehrenamt nach Leistung bezahlt oder versetzt durch die Rentenversicherung entlohnt wird. Um eine endgültige Aussage über den Leistungsdruck fällen zu können, müsste der Stellenwert des geldwerten Ehrenamts für den Einzelnen geklärt werden.

Aus dieser Arbeit ergeben sich einige Punkte, die sich bei der Schaffung eines Entgeltpunktes negativ auf das Ehrenamt auswirken würden. Eine Stärkung des Ehrenamts könnte jedoch andererseits durch die Bindung an den Verein entstehen. Ob diese durch zusätzliche Entgeltpunkte erreicht werden kann, bleibt fraglich.

Dem Punkt der geldwerten Förderung steht entgegen, dass das Ehrenamt der Erwerbsarbeit sehr ähnlich werden könnte. Die Gefahren liegen hier meines Erachtens nicht – wie die Enquete-Kommission dies bewertete - in der Definition und dem Zusammenrücken, sondern darin, dass Leistungen und Ergebnisse im Ehrenamt im Vordergrund stehen. Dadurch könnten Termine, die nur der Kameradschaft dienen, in den Hintergrund rücken, wie z.B.: Weihnachtsfeiern oder kameradschaftliches Sommerfest in der Organisation, in dem das Ehrenamt stattfindet. Problematisch ist weiterhin der Mindestlohn und ob in geldwertem Ehrenamt ein Mindestlohn gezahlt werden muss.

¹²² Vgl. Nowka, Mitarbeitermotivation durch Bonus- und Anreizsysteme, S.47.

Bei einer Verpflichtung des Sozialstaates zu einer geldwerten Entlohnung des Ehrenamts in der gesetzlichen Rentenversicherung, müssen somit zunächst folgende Fragen geklärt werden: Welche Formen von Ehrenamt sollen berücksichtigt werden? Was ist Leistung im Ehrenamt?

Besonders bei der Frage nach Leistung im Ehrenamt herrscht Unklarheit. Kameradschaft ist Teil des Ehrenamts im BRK oder der freiwilligen Feuerwehr. Es kann der psychischen Bewältigung von Einsätzen dienen, aber auch nur einen Spaßfaktor haben. Hier ist fraglich, ob Spaß ein Hobby ist, das staatlich gefördert werden sollte.

Zum anderen ist die Überprüfung jeder Tätigkeit des Einzelnen ein enormer Arbeitsaufwand, der vermutlich nicht von den Behörden umgesetzt werden kann. Außerdem werden in Betrieben auch Weihnachtsfeiern und Ausflüge gemacht. Hier ist zu klären, ob dieses Engagement trotzdem entlohnt werden soll.

Allerdings ist z.B. bei Ehrenamt im Kirchenchor weiterhin die Frage zu stellen, ob Singen ein Hobby ist, das sozialstaatlich gefördert werden muss.

In dieser Arbeit wird auch ersichtlich, dass viele Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. In der Arbeitswelt sind Belohnungen ein gängiges Mittel zur Steigerung der Motivation, was allerdings auch Risiken birgt.

Das Gebiet des Ehrenamts ist relativ unerforscht. Daher können die Studien von Belohnungen am Arbeitsplatz für das Ehrenamt nur analog angewendet werden. Dies führt somit nicht zu überprüfbaren Ergebnissen. Die Idee des Entgeltpunktes existiert schon länger und die Politik entschied sich im Jahr 2002 gegen die Schaffung eines Entgeltpunktes. Der Gedanke ist trotzdem immer noch vorhanden, was möglicherweise mit der zunehmenden Bedeutung des Ehrenamts zu begründen ist.

Natürlich stellt sich auch die Frage, ob das Ehrenamt zu notwendig geworden ist und ob nicht andere Möglichkeiten bedacht werden sollten, um ehrenamtliches Engagement weniger unentbehrlich zu machen und

somit Arbeitsplätze zu fördern. Diese Art der Förderung könnte zu einer Stärkung des Rentensystems und des Versicherten beitragen.

Es bleibt die Überlegung, ob durch die Notwendigkeit des Ehrenamts die Schaffung eines Entgeltpunktes in der Rentenversicherung gerechtfertigt wäre.

Meines Erachtens sollte das Ehrenamt, das zur öffentlichen Sicherheit beiträgt, besonders in der Rentenversicherung gefördert werden. Hier stünde der sozialstaatliche Gedanke der Solidarität im Vordergrund. Der Katastrophenschutz ist Teil der öffentlichen Sicherheit und dient daher außerordentlich den Interessen der Allgemeinheit. Dieser Punkt hebt sich meiner Meinung nach von dem Ehrenamt in der Kirche und im Sportverein ab.

Besonders wichtig ist hierbei die Wahrung und Förderung der Vereinsstrukturen des Ehrenamts, die den Erfahrungs- und Wissensaustausch erleichtern. Somit kann eine Professionalität in der Aufgabenerledigung erreicht werden, die über „Gelegenheits-Ehrenamtliche“ wie im Modell des Team Bayerns nicht möglich ist.

Literaturverzeichnis

Attrodt, Ariane: Wenn das Ehrenamt zur Last wird, in: Augsburger Allgemeine, 07.03.2017, S.26

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr: Ehrungen für Verdienste um das Rettungswesen und den Katastrophenschutz,
<https://www.stmi.bayern.de/sug/ehrungen/schutzundsicherheit/ehrenzeich enrettungsdienstschutz/index.php> [Abruf am: 17.03.2017]

Breyton, Ricarda / Seyffarth, Moritz: Die naive Planlosigkeit der deutschen Jugend, in: die Welt, 09.04.2016,
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article154126816/Die-naive-Planlosigkeit-der-deutschen-Jugend.html#cs-Marie-20.jpg> [Abruf am: 06.03.2017]

BRK Kreisverband Haßberge (Hrsg.): Gesellschaft ohne Ehrenamt unvorstellbar, <https://brk.de/Unterfranken/Hassberge/aktuelles/aktuelle-berichte/gesellschaft-ohne-ehrenamt-unvorstellbar> [Abruf am: 03.03.2017]

Comelli, Gerhard / Rosenstiel, Lutz von / Nerdinger, Friedemann W.: Führung durch Motivation, Mitarbeiter für die Ziele des Unternehmens gewinnen, 5.Auflage, 2014

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften Band 22, 2016 (zitiert als: DRV Bund, RV in Zeitreihen)

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Sechstes Buch Gesetzliche Rentenversicherung, Text und Erläuterung, 19. Auflage, 2016 (zitiert als: DRV Bund, Sechstes Buch Gesetzliche Rentenversicherung)

Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.): Position 46, Empfehlung des Vorstandes des Deutschen Bundesjugendring zur Umsetzung des §72a KJHG (Persönliche Eignung von Fachkräften), vom Vorstand am 31.05.2006 beschlossen, https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Positionen/2006/2006_DBJR-Position_46_Empfehlung_KJHG.pdf (zitiert als: DBJR, Position 46)

Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.): Position 97, §72a SGB VIII nachbessern – Bundeskinderschutzgesetz praxisnah weiterentwickeln!, 86. Vollversammlung am 24./25. 10. 2013, https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Positionen/2013/Position97_72a_web.pdf [Abruf am: 13.02.2017] (zitiert als: DBJR, Position 97, §72a SGB VIII)

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Weniger junge Leute wollen zur Feuerwehr, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw05_pa_buerg_engagement/356426 [Abruf am: 24.02.2017]

Ehrhardt, Jens: Ehrenamt, Formen, Dauer und kulturelle Grundlagen des Engagements, 2009

Engel, Wolfgang: Helfer zweiter Klasse, in: Straubinger Tagblatt, 29.08.2015

Feuerwehr Stiepel (Hrsg.): Freiwillige Feuerwehr – Wozu?, <http://www.lz-stiepel.de/loeschzug/freiwillige-feuerwehr-wozu> [Abruf am: 03.03.2017]

GEFA (Hrsg.): Am Beispiel medizinischer Versorgung, das Medinetz-Dilemma, <http://gefa.online/material-2/> [Abruf am: 17.02.2017]

Geiger-Wahl, Rosa: Geld bedroht Kern des Ehrenamts, Bezahlung schwächt die intrinsische Motivation der Ehrenamtlichen, in: Denner, Gabriele (Hrsg.): Hoffnungsträger, nicht Lückenbüsser, Ehrenamtlich in der Kirche, 2015, S.98 - 108

Gneezy, Uri / Rustichini, Aldo: Pay Enough or Don't Pay at All, in: Oxford Academic (Hrsg.): The quarterly journal of economics, Volume 115, Issue 3, 2000, S.791-810

Gordo, Laura Romeu / Vogel, Claudia: Geldzahlungen, Sachzuwendungen und Kostenerstattung im freiwilligen Engagement, in: Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2016, S.371 - 406

Hollstein, Betina: Ehrenamt verstehen, eine handlungstheoretische Analyse, 2015

Kirsch, Christina: Unterkunft ist zu klein, in: Südwest Presse, 14.06.2016, <https://www.swp.de/ehingen/lokales/ehingen/unterkunft-ist-zu-klein-13217737.html> [Abruf am: 02.02.2017]

Kohn, Alfie: Punished by Rewards, 1999

Kohnke, Oliver (Hrsg.) / Bungard, Walter: Zielvereinbarungen erfolgreich umsetzen; Konzepte, Ideen und Praxisbeispiele auf Gruppen- und Organisationsebene, 2. Auflage, 2002

Künemund, Harald: Ehrenamt und soziale Netze, Auslaufmodell oder tragende Säule der Gesellschaft, in: Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.) / Hinte, Holger: Zeitwende auf dem Arbeitsmarkt, wie der demographische Wandel die Erwerbsgesellschaft verändert, 2013, S.406 – 427 (zitiert als: Künemund, Ehrenamt)

Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.: unser Leitbild, https://www.drk-berlin.de/fileadmin/user_upload/Landesverband/Dokumente/DRK_Leitbild.pdf [Abruf am: 08.02.2017]

Landkreis Mühldorf am Inn (Hrsg.): Leitfaden zur Umsetzung der gesetzlichen Regelungen der erweiterten Führungszeugnisses für

Ehrenamtliche nach §72a SGB VIII, http://www.lra-mue.de/files/pdf5/Leitfaden_zur_Umsetzung_72a_SGB_VIII.pdf [Abruf am: 13.02.2017] (zitiert als: Landkreis Mühldorf am Inn, Leitfaden §72a SGB VIII)

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Bayern e.V.: Aktiv für andere – Menschen mit Behinderungen in einem Ehrenamt, http://www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/pdf_1185.pdf [Abruf am: 13.03.2017]

Marburger, Horst / Dahm, Dirk: Ehrenamt: Sozialrechtlich voll abgesichert, Nutzen Sie Ihren Schutz in der Unfall- und Rentenversicherung, 2010

Mermarnia, Susanne: Ehrenamt braucht Kritik, in: taz, 03.12.2016, <http://www.taz.de/!5359276/> [Abruf am: 12.02.2017]

Müller, Doreen / Hameister, Nicole / Lux, Katharina: Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement, in: Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2016, S.407 - 426

Nowka, Mareen: Mitarbeitermotivation durch Bonus- und Anreizsysteme, Neurowissenschaftliche Erkenntnis zum Erfolg von individueller Anreizgestaltung, 2013

NPD (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit, Profil Band 15, https://npd.de/Sozialbroschuere_NPD.pdf [Abruf am: 22.02.2017]

Ridder, Hans-Gerd (Hrsg.) / von Eckardstein, Dudo: Personalmanagement als Gestaltungsaufgabe im Nonprofit und Public Management, 2003

Rieger, Arnold: Ein Soziologe übt Kritik „Das Engagement verliert an Wert“, in: Stuttgarter Zeitung, 05.07.2017, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ein-soziologe-uebt-kritik-das-ehrenamt-wird->

inszeniert.8dad208f-fe5b-466f-a754-f0fa1fa626a2.html [Abruf am: 29.03.2017]

Röller, Jürgen (Hrsg.) / Eisemann, Hans / Küttner, Wolfdieter: Personalbuch 2016, Arbeitsrecht, Lohnsteuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Stichwort: Ehrenamtliche Tätigkeit, 23. Auflage, 2016 (zitiert als. Röller/Eisemann/Küttner, Personalbuch 2016, Ehrenamtliche Tätigkeit)

Schmale, Holger: Dublin-Verfahren wird wieder angewendet, in: Frankfurter Rundschau, 10.11.2015, <http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-dublin-verfahren-wird-wieder-angewendet-a-406416> [Abruf am: 22.02.2017]

Simonsons, Julia / Vogel, Claudia: Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen, in: Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2016, S.513 - 538

Sprenger, Reinhard K.: Mythos Motivation, Wege aus einer Sackgasse, 20. Auflage, 2014

Stecker, Christina: Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung, Zur Förderung von Ehrenamt und Engagement durch den Sozialstaat, in: Zimmer, Annette (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor, Band 8, 2002

Tageschau (Hrsg.): Flüchtlingszahlen 2016, 280.000 Schutzsuchende in Deutschland, 11.02.2017, <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlingszahlen-129.html> [Abruf am: 22.02.2017]

Team Bayern (Hrsg.): Teilnahmebedingungen, <http://www.teambayern.info/p/teilnahmebedingungen.html> [Abruf am: 03.03.2017]

Tesch-Römer, Clemens / Simonson, Julia / Vogel, Claudia u.a.: Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014: Implikationen für die Engagementpolitik, in: Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2016, S.627 - 642

Vogel, Claudia / Hagen, Christine / Simonson, Julia: Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität, in: Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) / Simonson, Julia / Vogel, Claudia: Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2016, S.85 - 148

Weitzel, Babara: Ehrenamt, Wenn Flüchtlingshelfer plötzlich selbst Hilfe brauchen, in: Berliner Zeitung, 28.01.2016, <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/ehrenamt-wenn-fluechtlingshelfer-ploetzlich-selbst-hilfe-brauchen-22690862> [Abruf am: 27.02.2017]

Wiens, Marcus: Vertrauen in der ökonomischen Theorie: Eine mikrofundierte und verhaltensbezogene Analyse, 2013

Wolff, Verena: Auf klugem Kurs, in: Süddeutsche Zeitung, 15.03.2017, <http://www.sueddeutsche.de/karriere/bildungsurlaub-auf-klugem-kurs-1.3417689> [Abruf am: 17.03.2017]

Zeit online (Hrsg.): Im Ehrenamt lebt die Willkommenskultur noch, 04.08.2016, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/fluechtlinge> [Abruf am: 22.02.2017]

Erklärung der Verfasserin

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Datum, Unterschrift